GESETZENTWURF

der Landesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Einrichtungenqualitätsgesetzes und zur Änderung weiterer Regelungen

A Problem und Ziel

Mit Ziffer 392 des Koalitionsvertrages haben sich die Koalitionspartner auf die Weiterentwicklung des Einrichtungenqualitätsgesetzes (EQG M-V) zu einem modernen Wohn- und Teilhabegesetz (WoTG M-V) verständigt. In Umsetzung dieser Vereinbarung wurde dem Gesetzgebungsverfahren in den vergangenen Monaten ein intensiver Dialogprozess vorangestellt. Unter Beteiligung aller relevanten Akteure einschließlich der Interessenvertretungen der Nutzenden und Angehörigen wurden nach einer Auftaktveranstaltung in fünf Arbeitssitzungen das bisherige EQG M-V evaluiert, Erkenntnisse über die Wirksamkeit und die Praktikabilität ausgetauscht, auf Mängel und Lücken hingewiesen und der notwendige Änderungs- und Anpassungsbedarf herausgearbeitet. Die aus diesem Prozess entwickelten Eckpunkte wurden in einer Abschlussveranstaltung präsentiert.

Die vorliegende Gesetzesnovelle soll die identifizierten Mängel soweit möglich beseitigen, die Regelungen praxisnäher ausgestalten und bestehende Rechtsunsicherheiten ausräumen. Ziel der Novelle ist es zudem, die Rechtsmaterie neu zu strukturieren und übersichtlicher zu gestalten. Schließlich sollen Aufgaben und Zuständigkeiten klar verortet und dabei Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige mit ihren Präferenzen, Bedürfnissen und vor allem auch ihrem Schutzbedürfnis stärker in den Blick genommen werden. Darüber hinaus sollen formale Anforderungen flexibilisiert werden. Ziel ist es, Wohnqualität zu sichern und gleichzeitig mehr Spielraum für neue Formen der pflegerischen Versorgung zu schaffen. Ein Schwerpunkt der Überarbeitung des EQG M-V war zudem der Abbau von Bürokratie und bestehender Doppelstrukturen z. B. bei der Prüftätigkeit der zuständigen Ordnungsbehörde, des Medizinischen Dienstes oder des Eingliederungshilfeträgers.

Um die Pflegeinfrastruktur zukunftsfest aufzustellen, ist ein entsprechendes Investitionsumfeld notwendig. Aus § 10 Absatz 3 des Landespflegegesetzes (LPflegeG M-V) ergeben sich bislang Höchstgrenzen für die Umlage berücksichtigungsfähiger Investitionsaufwendungen. Der bei der Fortschreibung der Kappungsgrenzen zugrunde zu legende Baukostenindex verändert sich inzwischen so dynamisch, dass diese Veränderungen im Verordnungswege nicht nachgezeichnet werden können.

B Lösung

Mit Artikel 1 des Gesetzentwurfes wird das EQG M-V novelliert und als Wohnformen- und Teilhabegesetz (WoTG M-V) neu gefasst. Dabei werden große Teile des EQG M-V, welches sich in wesentlichen Punkten in der praktischen Anwendung sehr bewährt hat, übernommen. Da der Begriff der Einrichtung aber weder zeitgemäß noch umfassend genug ist, greift der neue Titel den Gedanken der individuellen Lebensgestaltung durch Teilhabe sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für pflegebedürftige Menschen auf. Um die Gleichstellung von Frauen und Männern sprachlich auszudrücken, wird grundsätzlich eine geschlechtsneutrale Bezeichnung gewählt.

Der Anwendungsbereich wird neu geordnet. Aufgenommen werden das Tageshospiz, die anbieterverantwortete Pflegewohngemeinschaft einschließlich der Intensivpflegewohngemeinschaft und das anbieterverantwortete alternative Wohnen. Gleichzeitig werden verschiedene Kategorien von Pflege- und Betreuungsformen gebildet, die in unterschiedlicher Intensität der Aufsicht der zuständigen Behörde einschließlich ihrer Beratungs- und Prüftätigkeit unterliegen. Die inhaltliche Konzeption einer Pflege- und Betreuungswohnform kann erhebliche Auswirkungen auf den Raumbedarf oder die personelle Ausstattung haben. Daher soll zukünftig noch stärker auf die Konzeption abgestellt werden. Die bisherige Experimentierklausel wird inhaltlich weiter ausgestaltet, um die Erprobung neuer Wohnformen zu ermöglichen und die Anbieter beim notwendigen Wandel zu unterstützen. Die Teilhabe von Nutzenden wird gestärkt, indem die Anbieter von Wohnformen zukünftig gehalten sind, Mitwirkungsrechte noch stärker zu gewährleisten.

Da seitens des Bundes mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) Änderungen der gesetzlichen Regelungen zur Qualitätssicherung im Elften Kapitel des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) vorgenommen wurden und sich vergleichbare Prozesse auch im Rechtskreis der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) ergeben, wird das bisherige Konzept der Qualitätsverantwortung weiterentwickelt. Mit Blick auf die Verantwortung der Leistungs- und Kostenträger für die leistungsrechtlichen Überprüfungen werden Regelungen, die zu Doppelzuständigkeiten führen, sowohl im Bereich der Pflege als auch der Eingliederungshilfe konsequent beseitigt. Zugleich werden die gegenseitige Information, die Koordination der Prüftermine und -inhalte sowie der Austausch der Prüfnachweise normiert. Der frühzeitigen und regelmäßigen Beratung und dem gegenseitigen Austausch der an der Qualitätssicherung beteiligten Akteure wird mit dem novellierten Artikel 1 größerer Raum gegeben. Bestandteil des neu verankerten Beratungs- und Aufsichtskonzeptes ist dabei ein veränderter Prüfrhythmus. Neu sind der Anspruch auf Erstberatung des Anbieters durch die zuständige Behörde vor Inbetriebnahme einer Wohnform und das mindestens alle zwei Jahre stattfindende Beratungsgespräch für Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot. Die zuvor jährlichen Prüfungen werden zu Schwerpunktprüfungen weiterentwickelt, die durch Anlassprüfungen flankiert werden können.

Durch Artikel 2 wird das LPflegeG M-V geändert. Mit Blick darauf, dass die Regelungen des § 10 Absatz 3 LPflegeG M-V zur Kappungsgrenze mit der Dynamik der Baukostenentwicklung nicht mehr einhergehen, werden diese gestrichen. Anknüpfend an die Regelungen des Artikels 2 wird mit Artikel 3 die Verordnung zur Anpassung der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen nach § 10 Absatz 3 des Landespflegegesetzes (AbA VO M-V) vom 21. Dezember 2022 aufgehoben.

C Alternativen

Keine.

Das derzeitige EQG M-V ist nicht mehr geeignet, in ausreichendem Maße auf die veränderten Rahmenbedingungen in der Pflege und Betreuung angemessen zu reagieren. Auch infolge des demografischen Wandels sind Anpassungen der ordnungsrechtlichen Regelungen notwendig, um die Nutzenden bestmöglich zu schützen und deren Teilhabe zu sichern.

D Notwendigkeit (§ 3 Absatz 1 Satz 1 GGO II)

Die Notwendigkeit dieser Regelung wurde gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GGO II geprüft. Die Notwendigkeit der Kabinettsbefassung ergibt sich aus § 6 Absatz 1 Buchstabe a der Geschäftsordnung der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern.

E Finanzielle Auswirkungen auf die Haushalte des Landes und der Kommunen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Im Rahmen der Neufassung des Einrichtungenqualitätsgesetzes durch Artikel 1 kommt es zu keinen baulichen und personellen Standard- oder Aufgabenerweiterungen, welche finanzielle Auswirkungen auf die Haushalte des Landes oder der Kommunen haben. Insbesondere ergeben sich auch keine Auswirkungen auf die Leistungen der Hilfe zur Pflege.

Die Änderungen des LPflegeG M-V in Artikel 2 könnten indirekt Kosten für die Haushalte des Landes und der Kommunen durch eine Steigerung der Inanspruchnahme der Hilfe zur Pflege mit sich bringen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass lediglich 35 bis 40 Prozent der abschreibungsfähigen Investitionsausgaben von den bisherigen Regelungen in § 10 Absatz 3 LPflegeG M-V betroffen sind.

Der Wegfall der Kappungsgrenzen kann nach Hochrechnung der entsprechenden Durchschnittswerte auf Basis der vorliegenden Daten aus dem Jahr 2022 zu möglichen finanziellen Auswirkungen auf die Hilfe zur Pflege in Höhe von ca. 285 000 Euro in der vollstationären Pflege und ca. 137 000 Euro in der teilstationären Pflege im Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes führen. Im Jahr 2022 haben lediglich ca. 20 Prozent der betreffenden Pflegeeinrichtungen über den bisherigen Kappungsgrenzen liegende Kosten geltend gemacht.

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein zusätzlicher kommunaler Vollzugsaufwand.

Zwar erfolgen Schwerpunktverlagerungen der bereits bestehenden Aufgaben, zu einer Standarderhöhung kommt es dabei aber nicht. Soweit der Beratung mehr Raum gegeben wird, steht dem eine Reduzierung der Prüftätigkeit gegenüber.

F Sonstige Kosten

Keine.

Aus der mit der Änderung durch Artikel 1 verbundenen Transparenz zwischen Leistungserbringer und Leistungsträger ergibt sich zwar z. B. durch Anzeigepflichten, die Erstberatung vor Inbetriebnahme und die Umsetzung einer kultur- und diversitätssensiblen Pflege und Betreuung ein erhöhter Aufwand für den Leistungserbringer. Dieser wird jedoch u. a. durch den Wegfall der mindestens jährlichen anlassunabhängigen Prüfung relativiert.

G Bürokratiekosten

Durch die Informationspflichten der Anbieter ergeben sich Bürokratiekosten. Diese wurden auf Grundlage des Standardkosten-Modells ermittelt. Dementsprechend entstehen für Anbieter von Wohnformen, die zukünftig neu in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen, auf Grundlage der Informationspflichten einmalige Bürokratiekosten je Wohnform von ca. 120 Euro.

**DIE MINISTERPRÄSIDENTIN
DES LANDES
MECKLENBURG-VORPOMMERN**

Schwerin, den 4. Juni 2025

An die
Präsidentin des Landtages
Mecklenburg-Vorpommern
Frau Birgit Hesse
Lennéstraße 1

19053 Schwerin

**Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Einrichtungenqualitätsgesetzes und zur
Änderung weiterer Regelungen**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

als Anlage übersende ich Ihnen den von der Landesregierung am 27. Mai 2025 beschlossenen Entwurf des vorbezeichneten Gesetzes mit Begründung.

Ich bitte Sie, die Beschlussfassung des Landtages herbeizuführen.

Federführend ist das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport.

Mit freundlichen Grüßen

Manuela Schwesig

ENTWURF

eines Gesetzes zur Neufassung des Einrichtungenqualitätsgesetzes und zur Änderung weiterer Regelungen

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Gesetz zur Förderung der Qualität in Pflege- und Betreuungswohnformen für pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderungen sowie zur Stärkung von deren Teilhabe in Mecklenburg-Vorpommern (Wohnformen- und Teilhabegesetz – WoTG M-V)

Inhaltsübersicht

Teil 1

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Zweck des Gesetzes
- § 2 Anwendungsbereich
- § 3 Begriffsbestimmungen

Teil 2

Zuständige Behörde, Aufgaben und Befugnisse

- § 4 Zuständige Behörde
- § 5 Allgemeine Bestimmungen
- § 6 Befugnisse
- § 7 Beratung
- § 8 Prüfung
- § 9 Mängelberatung
- § 10 Anordnungen zur Beseitigung von Mängeln
- § 11 Aufnahmeverbot weiterer Nutzender
- § 12 Beschäftigungsverbot, Einsatz einer kommissarischen Leitung
- § 13 Untersagung des Betriebes
- § 14 Datenverarbeitung, Datenschutz, Zusammenarbeit
- § 15 Transparenz
- § 16 Erprobung

Teil 3**Anforderungen an Anbieter**

- § 17 Anzeige- und Mitteilungspflichten der Anbieter
- § 18 Betriebsvoraussetzungen
- § 19 Mitwirkungs- und Teilhaberechte der Nutzenden
- § 20 Aufzeichnungs-, Aufbewahrungs-, Nachweispflichten und Umgang mit personenbezogenen Daten
- § 21 Beteiligung von Anbietervereinigungen, Auskunftsverweigerungsrechte
- § 22 Leistungen an Anbieter sowie deren Beschäftigte

Teil 4**Verordnungsermächtigungen, Ordnungswidrigkeiten**

- § 23 Rechtsverordnungen
- § 24 Ordnungswidrigkeiten

Teil 5**Schlussbestimmungen**

- § 25 Übergangsfristen

Teil 1**Allgemeine Vorschriften****§ 1****Zweck des Gesetzes**

(1) Zweck des Gesetzes ist

1. die Wahrung der Würde sowie der Interessen und Bedürfnisse von älteren Menschen, pflegebedürftigen Volljährigen und volljährigen Menschen mit Behinderungen (Nutzende) in Wohnformen im Sinne des § 2 Absatz 1,
2. der Schutz der Nutzenden vor Gewalt, Diskriminierung, Ausbeutung und Missbrauch unter Berücksichtigung der kulturellen, religiösen und sprachlichen Herkunft sowie der sexuellen Identität und geschlechtlichen Vielfalt, um eine kultur- und diversitätssensible Pflege und Betreuung sowie eine angemessene Lebensgestaltung zu ermöglichen,
3. die Förderung der Selbstständigkeit, der Selbstbestimmung, der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und der Mitwirkung der Nutzenden,
4. die Stärkung der Beratung und Informationsvermittlung zu Pflege- und Betreuungswohnformen für ältere, pflege- oder betreuungsbedürftige Menschen,
5. die Sicherung einer dem allgemein anerkannten Stand der fachlichen Erkenntnisse entsprechenden Qualität des Wohnens und der Betreuung,
6. die Förderung der Zusammenarbeit der für die Durchführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden mit den Betreibern von Wohnformen (Anbieter) und deren Verbänden, den Landesverbänden der Pflegekassen, dem Verband der Privaten Krankenversicherung, dem Prüfdienst des Verbandes der Privaten Krankenversicherung, dem Medizinischen Dienst, den Eingliederungshilfeträgern sowie den Sozialhilfeträgern,

7. die Durchsetzung der dem Anbieter gegenüber den Nutzenden obliegenden Pflichten und
8. die Ermöglichung von selbstbestimmten Pflege- und Betreuungswohnformen für ältere, pflege- oder betreuungsbedürftige Menschen.

(2) Die unternehmerische Eigenverantwortung der Anbieter in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben bleibt unberührt.

§ 2 Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz ist anzuwenden auf Wohnformen und Angebote für pflegebedürftige Volljährige und volljährige Menschen mit Behinderungen. Dies sind

1. Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot im Sinne des § 3 Absatz 1 bis 3,
2. teilstationäre Angebote im Sinne des § 3 Absatz 4 und
3. ambulant betreute Wohnformen in Anbieterverantwortung im Sinne des § 3 Absatz 5 bis 8.

(2) Dieses Gesetz ist nicht anzuwenden auf

1. Einrichtungen, in denen durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festgestellt, geheilt oder gelindert werden sollen oder Geburtshilfe geleistet wird, und in denen die zu versorgenden Personen untergebracht und verpflegt werden können (Krankenhäuser),
2. Internate und Wohnheime, die im Sinne des Schulgesetzes errichtet wurden,
3. Servicewohnen im Sinne des § 3 Absatz 9 und
4. selbstverantwortete Wohngemeinschaften im Sinne des § 3 Absatz 10 und 11.

§ 3 Begriffsbestimmungen

(1) Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot sind:

1. vollstationäre Pflegeeinrichtungen,
2. Hospize,
3. Kurzzeitpflegeeinrichtungen gemäß Absatz 2 und
4. besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen gemäß Absatz 3.

Die Wohnformen nach Satz 1 Nummer 1 bis 3 dienen dem Zweck, Nutzenden Wohnraum zu überlassen sowie Betreuung oder Pflege und Verpflegung zur Verfügung zu stellen oder vorzuhalten. Sie sind in ihrem Bestand von Wechsel und Zahl der Nutzenden unabhängig und werden entgeltlich betrieben.

(2) Kurzzeitpflegeeinrichtungen im Sinne des § 42 des Elften Buches Sozialgesetzbuch dienen der vorübergehenden Aufnahme. Als vorübergehend nach diesem Gesetz ist ein Zeitraum von bis zu drei Monaten anzusehen.

(3) Besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen sind Räumlichkeiten nach § 42a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, in denen leistungsberechtigten Personen nach § 99 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch Wohnraum überlassen, Betreuung zur Verfügung gestellt wird und Leistungen der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch erbracht werden.

(4) Teilstationäre Angebote sind

1. teilstationäre Einrichtungen gemäß § 41 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (Tages- oder Nachtpflegeeinrichtungen) und
2. teilstationäre Hospize (Tageshospize).

(5) Ambulant betreute Wohnformen in Anbieterverantwortung sind

1. Pflegewohngemeinschaften gemäß Absatz 6,
2. Wohnformen mit Assistenzleistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch gemäß Absatz 7 und
3. alternatives Wohnen gemäß Absatz 8.

(6) Pflegewohngemeinschaften liegen vor, wenn

1. mindestens drei pflegebedürftige Menschen und maximal zwölf pflege- oder betreuungsbedürftige Menschen in der Wohngemeinschaft zum Zweck der gemeinschaftlich organisierten pflegerischen Versorgung leben,
2. die Nutzenden gemeinsam eine Person beauftragen, unabhängig von der individuellen pflegerischen Versorgung, zur Verrichtung allgemeiner organisatorischer, verwaltender, betreuender oder das Gemeinschaftsleben fördernder Tätigkeiten oder für die Unterstützung bei der Haushaltsführung,
3. ambulante Pflege- oder Betreuungsleistungen gegen Entgelt in Anspruch genommen werden und
4. die Pflege- oder Betreuungsdienste nur einen Gaststatus, insbesondere keine Büroräume, in der Pflegewohngemeinschaft haben.

Pflegewohngemeinschaften können auch Wohneinheiten zur außerklinischen Intensivpflege sein, die dem Zweck dienen, intensivpflegebedürftigen Menschen das Leben in einem gemeinsamen Haushalt und die Inanspruchnahme externer Pflegeleistungen gegen Entgelt zu ermöglichen (Intensivpflegewohngemeinschaft). Diese haben eine Größe von zwei bis maximal zwölf Plätzen.

(7) Wohnformen mit Assistenzleistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch liegen vor, wenn sie

1. räumlich eigene Einheiten für mindestens drei und maximal zwölf leistungsberechtigte Menschen bilden,
2. in einer Häuslichkeit ohne familiäre Bindung angeboten werden,
3. Personen aufnimmt, die nicht in der Lage sind, allein und unabhängig von Betreuung zu wohnen, und die nicht der ständigen Aufsicht und Begleitung von Betreuungskräften während des gesamten Tages und während der Nacht bedürfen,
4. Personen aufnimmt, die ihre Interessen und Bedürfnisse mitteilen können und
5. die Förderung der Selbstständigkeit und Selbstverantwortung der Nutzenden zum Ziel haben.

(8) Alternatives Wohnen ist eine Wohnform, bei der der Nutzende der Wohnung vertraglich dazu verpflichtet ist, bestimmte Pflege- oder Betreuungsdienste über allgemeine Betreuungsleistungen hinaus in Anspruch zu nehmen.

(9) Servicewohnen ist eine Wohnform, bei der Mieter oder Käufer von Wohnraum vertraglich dazu verpflichtet sind, allgemeine Betreuungsleistungen wie Notrufanlagen, Vermittlung von Dienst-, Betreuungs- und Pflegeleistungen oder Informationen und Beratungsleistungen (Grundleistungen) von bestimmten Anbietern anzunehmen, und die darüber hinausgehenden Betreuungs- und Pflegeleistungen frei wählbar sind.

(10) Selbstverantwortete Wohngemeinschaften liegen insbesondere vor, wenn mindestens zwei und maximal zwölf Personen gemeinschaftlich wohnen, die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung aller Nutzenden gewährleistet ist und sie von Dritten, wie einem Leistungsanbieter, strukturell unabhängig sind. Das ist in der Regel der Fall, wenn die Nutzenden

1. die Pflegedienste und Anbieter von sonstigen Unterstützungsleistungen sowie Art und Umfang der Pflege- und sonstigen Unterstützungsleistungen frei wählen können,
2. ein Gremium zur gemeinsamen Regelung aller die Wohngemeinschaft betreffenden Angelegenheiten errichten können,
3. das Hausrecht uneingeschränkt ausüben und
4. über die Aufnahme neuer Personen selbst entscheiden.

(11) Selbstverantwortete Wohngemeinschaften mit Assistenzleistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch liegen vor, wenn

1. mindestens zwei und maximal zwölf Personen in einer Wohnung mit einem gemeinsamen Haushalt leben und ihnen von einem oder mehreren Leistungsanbietern Assistenzleistungen angeboten werden,
2. deren Ansprüche auf Wohnraumüberlassung rechtlich unabhängig von den Ansprüchen auf Assistenzleistungen sind und
3. die Personen die Assistenzleistungen frei wählen können.

Dies gilt nicht für Personen, die in einer partnerschaftlichen oder verwandtschaftlichen Beziehung stehen.

Teil 2

Zuständige Behörde, Aufgaben und Befugnisse

§ 4 Zuständige Behörde

Den Landkreisen und kreisfreien Städten obliegt die Durchführung dieses Gesetzes und der darauf beruhenden Rechtsverordnungen. Zuständige Behörde sind die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte. Die Landkreise und kreisfreien Städte nehmen diese Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis wahr.

§ 5 Allgemeine Bestimmungen

(1) Die zuständige Behörde überwacht durch Beratung und Prüfung, ob die Anforderungen dieses Gesetzes in den Wohnformen nach § 2 Absatz 1 erfüllt sind. Zur Beseitigung von Abweichungen von diesem Gesetz (Mängel) kann sie Maßnahmen nach den §§ 9 bis 13 ergreifen.

(2) Die zuständige Behörde informiert und berät zu diesem Gesetz die Anbieter, die die Schaffung von Wohnformen anstreben oder diese betreiben, die Nutzenden und deren Interessenvertretungen zur Umsetzung der Mitwirkungs- und Teilhaberechte gemäß § 19 sowie Personen mit berechtigtem Interesse zu den Rechten und Pflichten, die sich aus diesem Gesetz ergeben.

(3) Die zuständige Behörde nimmt Hinweise und Beschwerden von Nutzenden, An- und Zugehörigen, Beschäftigten und anderen Personen entgegen. Sie kann mit der Verbraucherzentrale, den Pflegestützpunkten, den sozialpsychiatrischen Diensten und anderen Beratungsstellen zusammenarbeiten und bei Bedarf auf deren Angebote verweisen.

(4) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben arbeiten die zuständigen Behörden mit den Landesverbänden der Pflegekassen, dem Verband der Privaten Krankenversicherung, dem Prüfdienst des Verbandes der Privaten Krankenversicherung, dem Medizinischen Dienst, den zuständigen Eingliederungshilfeträgern und den zuständigen Sozialhilfeträgern eng zusammen. Die Beteiligten nach Satz 1 sollen insbesondere den Austausch der notwendigen Informationen gewährleisten, ihre Prüftätigkeit koordinieren sowie sich über Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zum Abstellen von Mängeln abstimmen. Im Übrigen kann die zuständige Behörde ihre Maßnahmen auch auf Feststellungen des Medizinischen Dienstes und anderer Prüfbehörden stützen, sofern sich daraus ergibt, dass Anforderungen dieses Gesetzes nicht erfüllt werden.

(5) Zur Durchführung des Absatzes 4 werden Arbeitsgemeinschaften gebildet. Den Vorsitz und die Geschäfte der Arbeitsgemeinschaft führt die zuständige Behörde, falls nichts anderes vereinbart ist. Die an den Arbeitsgemeinschaften nach Satz 1 Beteiligten tragen die ihnen durch die Zusammenarbeit entstehenden Kosten selbst.

(6) Die Arbeitsgemeinschaften nach Absatz 5 arbeiten mit den Anbietern von Wohnformen gemäß § 2 Absatz 1, deren Verbänden und Vereinigungen, den Interessenvertretungen der Nutzenden und den Verbänden der Pflegeberufe sowie Betreuungsbehörden und anderen öffentlichen Stellen vertrauensvoll zusammen.

§ 6 Befugnisse

(1) Die mit der Überwachung der Anforderungen dieses Gesetzes beauftragten Personen sind befugt,

1. die von den Anbietern genutzten Grundstücke und Räume zu betreten; soweit diese einem Hausrecht der Nutzenden unterliegen, bedarf es deren Zustimmung,
2. Beratungen gemäß §§ 7 und 9, Prüfungen gemäß § 8 und Besichtigungen vorzunehmen,
3. Einsicht in die Aufzeichnungen der auskunftspflichtigen Person gemäß § 20 zu nehmen,
4. sich mit den Nutzenden sowie den Interessenvertretungen in Verbindung zu setzen,
5. bei pflegebedürftigen Nutzenden mit deren Zustimmung den allgemeinen Pflegezustand in Augenschein zu nehmen sowie die Beschäftigten zu befragen und
6. unter der Berücksichtigung von § 14 Absatz 4 weitere fach- und sachkundige Personen zu ihren Beratungen und Prüfungen hinzuzuziehen.

Abweichend von Satz 1 Nummer 1 dürfen Grundstücke und Räume ohne Zustimmung betreten werden, wenn dies der Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dient. Die Nutzenden und auskunftspflichtigen Personen haben die Maßnahmen nach Satz 2 zu dulden. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(2) Der Anbieter hat die Maßnahmen nach Absatz 1 zu dulden. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Die zuständige Behörde kann gegenüber dem Anbieter Anordnungen gemäß §§ 10 bis 13 treffen.

§ 7 Beratung

(1) Die zuständige Behörde berät die Anbieter

1. im Zusammenhang mit der beabsichtigten Inbetriebnahme von Wohnformen (Erstberatung) auf der Grundlage der Anzeige nach § 17,
2. über die Möglichkeiten, festgestellte Mängel im Sinne dieses Gesetzes abzustellen gemäß § 9 (Mängelberatung), und
3. nach Inbetriebnahme der Wohnform entsprechend des Bedarfes gemäß Absatz 2 (Folgeberatung).

(2) Anbieter von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot erhalten entsprechend des Bedarfes, mindestens jedoch alle zwei Jahre, eine Folgeberatung. Die Anbieter von teilstationären Angeboten und ambulant betreuten Wohnformen in Anbieterverantwortung können entsprechend des Bedarfes innerhalb von drei Jahren nach Inbetriebnahme nochmals beraten werden.

§ 8 Prüfung

(1) Die zuständige Behörde prüft, welche Wohnform im Sinne dieses Gesetzes vorliegt (Zuordnungsprüfung)

1. vor Inbetriebnahme aufgrund der Anzeige nach § 17 Absatz 1 und
2. nach Inbetriebnahme bei Vorliegen von wesentlichen Anhaltspunkten, ob eine andere Wohnform vorliegt.

Sie prüft auch, ob eine nicht angezeigte Wohnform unter den Anwendungsbereich des § 2 Absatz 1 fällt.

(2) Die zuständige Behörde prüft regelmäßig, mindestens alle zwei Jahre, die Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot zu konkreten Prüfungsschwerpunkten (Schwerpunktprüfung). Werden in einer Wohnform mit umfassendem Leistungsangebot Hinweise auf Mängel bekannt, kann die zuständige Behörde jederzeit Prüfungen vornehmen (Anlassprüfung).

(3) Die zuständige Behörde hat Prüfungen durchzuführen, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass in einer Wohnform ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben oder Freiheit, der Nutzenden unmittelbar gefährdet ist (besondere Anlassprüfung).

(4) Prüfungen nach den Absätzen 1 bis 3 können angemeldet oder unangemeldet durchgeführt werden. Zur Nachtzeit sind sie zulässig, wenn und soweit das Prüfziel zu anderen Zeiten nicht erreicht werden kann. Alle Organisationseinheiten innerhalb der für die Durchführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden, deren Prüfung sich aufgrund dieses Gesetzes oder anderer Vorschriften auf Wohnformen erstreckt, sollen sich gegenseitig informieren, ihre Prüftermine und Prüfinhalte koordinieren und ihre Prüfnachweise austauschen. Prüfbefugnisse anderer Behörden und die Regelungen zur Durchführung der Qualitätsprüfungen nach § 114a des Elften Buches Sozialgesetzbuch und der Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen nach § 128 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch bleiben unberührt.

(5) Die zuständige Behörde soll zeitnah, spätestens innerhalb von drei Wochen nach Abschluss der Prüfungen gemäß Absatz 1 bis 3, einen Prüfnachweis über die durchgeführte Prüfung erstellen und dem Anbieter übermitteln. Abweichungen von den Anforderungen dieses Gesetzes sind als Feststellungen zu kennzeichnen.

(6) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Prüfungsanordnungen nach Absatz 1 bis 3 und Prüfbescheide nach Absatz 5 haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 9 Mängelberatung

(1) Werden Mängel durch die zuständige Behörde festgestellt, findet eine Mängelberatung statt. Die Mängelberatung vor Inbetriebnahme einer Wohnform soll eine den Anforderungen entsprechende Inbetriebnahme sicherstellen. Für die Abstellung der Mängel ist eine angemessene Frist einzuräumen.

(2) Werden Gefahren für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben oder Freiheit, der Nutzenden festgestellt, ist eine Mängelberatung nicht erforderlich, sodass Anordnungen gemäß § 10 sofort erlassen werden können.

(3) Die zuständige Behörde beteiligt an einer Mängelberatung die sonstigen Vertragsparteien, mit denen Vereinbarungen nach § 17 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 bis 8 geschlossen wurden, wenn die Abstellung der Mängel Auswirkungen auf Entgelte oder Vergütungen haben kann. Satz 1 gilt nicht, wenn ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben oder Freiheit, der Nutzenden gefährdet ist.

§ 10

Anordnungen zur Beseitigung von Mängeln

(1) Werden festgestellte Mängel nicht innerhalb der Frist gemäß § 9 Absatz 1 Satz 3 behoben, kann die zuständige Behörde gegenüber dem Anbieter Anordnungen mit Fristsetzung erlassen. Die Anordnungen können insbesondere zur Beseitigung einer eingetretenen oder zur Abwendung einer drohenden Beeinträchtigung oder Gefährdung des Wohls der Nutzenden oder zur Sicherung der Einhaltung von gegenüber den Nutzenden bestehenden Verpflichtungen erlassen werden.

(2) Werden Gefahren für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben oder Freiheit, der Nutzenden festgestellt, können Anordnungen gemäß Absatz 1 sofort erlassen werden. Reichen diese Anordnungen für eine Gefahrenbeseitigung nicht aus, hat die zuständige Behörde dem Anbieter den Betrieb gemäß § 13 zu untersagen.

(3) Die zuständige Behörde berücksichtigt bei Anordnungen und Untersagungen gemäß §§ 11 bis 13 die Vereinbarungen und Verträge nach § 17 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 bis 8. Es ist Benehmen mit den sonstigen Vertragsparteien herzustellen, wenn Anordnungen und Untersagungen eine Erhöhung oder Reduzierung der Entgelte oder der Vergütung erforderlich machen können. Wenn die Anordnungen der Abwehr einer Gefahr für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben oder Freiheit, der Nutzenden dient, sind die sonstigen Vertragsparteien abweichend von Satz 2 lediglich schriftlich oder elektronisch über die Anordnung in Kenntnis zu setzen. Gegen Anordnungen und Untersagungen, die eine Erhöhung der Entgelte oder der Vergütung erforderlich machen können, können die Anbieter und die sonstigen Vertragsparteien Widerspruch einlegen und Anfechtungsklage erheben.

(4) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Anordnungen nach Absatz 1 bis 3 haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 11

Aufnahmeverbot weiterer Nutzender

Die zuständige Behörde kann die Aufnahme weiterer Nutzender untersagen, wenn dies aufgrund der Art und Schwere der festgestellten Mängel geboten erscheint. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine solche Anordnung haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 12**Beschäftigungsverbot, Einsatz einer kommissarischen Leitung**

(1) Die zuständige Behörde kann dem Anbieter von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot die weitere Beschäftigung der Leitung, eines Mitarbeitenden oder einer weiteren in der Wohnform tätigen Person ganz oder für bestimmte Funktionen oder Tätigkeiten untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die betreffende Person die für ihre Tätigkeit erforderliche Eignung nicht besitzt (Beschäftigungsverbot).

(2) Hat die zuständige Behörde ein Beschäftigungsverbot gegenüber der Leitung einer Wohnform mit umfassendem Leistungsangebot ausgesprochen, kann sie auf Kosten des Anbieters vorübergehend eine kommissarische Leitung einsetzen. Diese übernimmt die Rechte und Pflichten der bisherigen Leitung solange, bis der Anbieter mit Zustimmung der zuständigen Behörde eine geeignete Leitung der Wohnform bestimmt.

(3) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach Absatz 1 und 2 haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 13**Untersagung des Betriebes**

(1) Die zuständige Behörde hat den Betrieb einer Wohnform mit umfassendem Leistungsangebot zu untersagen, wenn die Voraussetzungen nach § 18 für den Betrieb der Wohnform nicht vorliegen und die Anordnungen sonstiger Maßnahmen, insbesondere solcher nach den §§ 9 bis 12, nicht ausreichen.

(2) Die zuständige Behörde kann den Betrieb einer Wohnform mit umfassendem Leistungsangebot untersagen, wenn der Anbieter

1. die Wohnform ohne eine nach § 17 ordnungsgemäße und vollständige Anzeige in Betrieb nimmt,
2. Anordnungen zur Mängelbeseitigung gemäß § 10 Absatz 1 und 2 nicht fristgemäß befolgt hat oder
3. Personen beschäftigt, gegen die ein Beschäftigungsverbot gemäß § 12 Absatz 1 ausgesprochen wurde.

Satz 1 Nummer 1 und 2 gelten auch für teilstationäre Angebote gemäß § 3 Absatz 4 und ambulant betreute Wohnformen in Anbieterverantwortung gemäß § 3 Absatz 5.

(3) Erfolgt die Untersagung einer noch nicht in Betrieb genommenen Wohnform nach Absatz 1 oder 2 aufgrund eines behebbaren Untersagungsgrundes, so wird die Untersagungsanordnung unwirksam, wenn die zuständige Behörde dem Anbieter schriftlich oder elektronisch mitteilt, dass die Voraussetzungen für die Untersagung entfallen sind.

(4) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Untersagungsanordnungen nach Absatz 1 und 2 haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 14**Datenverarbeitung, Datenschutz, Zusammenarbeit**

(1) Die zuständige Behörde darf im Zusammenhang mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben erhobene, personenbezogene Daten nur verarbeiten, wenn eine Rechtsvorschrift dies zulässt oder eine Datenverarbeitung erforderlich ist

1. zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung,
2. zur Abwehr von gegenwärtigen Gefahren für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben oder Freiheit, der Nutzenden,
3. zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten oder
4. zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken, wenn überwiegend schutzwürdige Interessen der betroffenen Person nicht entgegenstehen.

(2) Die zuständige Behörde ist berechtigt und auf Anforderung verpflichtet, die für die Zusammenarbeit erforderlichen Angaben einschließlich der bei der Überwachung der Anforderungen gewonnenen Erkenntnisse an die Beteiligten gemäß § 5 Absatz 4 Satz 1 und das für Soziales zuständige Ministerium zu übermitteln. Personenbezogene Daten sind vor der Übermittlung zu anonymisieren.

(3) Abweichend von Absatz 2 Satz 2 dürfen personenbezogene Daten in nicht anonymisierter Form übermittelt werden, wenn dies für die Aufgabenerfüllung dieser Beteiligten zu den im Neunten, Elften oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch genannten Zwecken erforderlich ist. Die übermittelten Daten dürfen von den Empfängern nicht zu anderen Zwecken verarbeitet oder genutzt werden. Sie sind spätestens nach Ablauf von zwei Jahren zu löschen. Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Daten gespeichert worden sind. Betroffene sind über die nach Satz 1 übermittelten Daten sowie über die Zwecke der Verarbeitung zu informieren.

(4) Soweit die zuständige Behörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben weitere fach- und sachkundige Personen zu ihren Beratungen und Prüfungen hinzuzieht, sind diese zur Verschwiegenheit verpflichtet und dürfen ihnen bekannt gewordene personenbezogene Daten über Nutzende nicht speichern oder an Dritte übermitteln.

§ 15**Transparenz**

Die zuständige Behörde veröffentlicht die wesentlichen Ergebnisse der Schwerpunktprüfungen nach § 8 Absatz 2 Satz 1 kostenfrei im Internet oder in anderer geeigneter Form. In Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot sind diese Ergebnisse durch einen für Nutzende und Besuchende gut sichtbaren Aushang bekannt zu machen. Die Darstellung der wesentlichen Ergebnisse muss verständlich sein und einen Vergleich der Wohnformen hinsichtlich des jeweiligen Schwerpunktes ermöglichen. Unabhängig davon gelten für Pflegeeinrichtungen mit einem Versorgungsvertrag nach § 72 des Elften Buches Sozialgesetzbuch die Regelungen des § 115 Absatz 1a des Elften Buches Sozialgesetzbuch.

§ 16 Erprobung

(1) Auf Antrag eines Anbieters und Vorlage der Konzeption für die Leistungserbringung kann die zuständige Behörde zum Zwecke der Erprobung neuer Pflege- und Betreuungswohnformen Abweichungen von den Anforderungen dieses Gesetzes und der Rechtsverordnungen zulassen, wenn der Gesetzeszweck nach § 1 Absatz 1 erfüllt wird.

(2) Die Zulassungsentscheidung ist zunächst auf höchstens fünf Jahre zu befristen. Die Frist kann um weitere fünf Jahre verlängert werden. Bei Bewährung kann die zuständige Behörde die Befreiung auf Dauer erteilen.

Teil 3 Anforderungen an Anbieter

§ 17 Anzeige- und Mitteilungspflichten der Anbieter

(1) Wer den Betrieb einer Wohnform im Sinne des § 2 Absatz 1 aufnehmen will, muss dies frühestmöglich, spätestens drei Monate vor Inbetriebnahme, der zuständigen Behörde anzeigen. Die Anzeige muss folgende Angaben und Unterlagen enthalten:

1. vorgesehener Zeitpunkt der Betriebsaufnahme,
2. Namen und Anschriften des Anbieters und der Wohnform,
3. Nutzungsart der Wohnform sowie Lage, Zahl und Größe der genutzten Räume,
4. Namen, berufliche Ausbildung und Werdegang der Leitung von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot, bei Pflegeeinrichtungen nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 auch den Namen der verantwortlichen Pflegefachkraft,
5. Versorgungsvertrag nach § 72 des Elften Buches Sozialgesetzbuch oder Erklärung, ob ein solcher Versorgungsvertrag angestrebt wird, sowie Vereinbarungen nach § 84 Absatz 5 des Elften Buches Sozialgesetzbuch,
6. Vereinbarungen nach § 125 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch oder eine Erklärung, ob solche Vereinbarungen angestrebt werden,
7. Vereinbarungen nach § 39a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch oder eine Erklärung, ob solche Vereinbarungen angestrebt werden, sowie
8. Verträge nach § 132l des Fünften Buches Sozialgesetzbuch oder eine Erklärung, ob solche Verträge angestrebt werden.

Die zuständige Behörde kann weitere Angaben und Unterlagen anfordern, wenn dies für die Erstberatung nach § 7 Absatz 1 Nummer 1 oder die Zuordnungsprüfung nach § 8 Absatz 1 erforderlich ist. Stehen die Leitung oder die verantwortliche Pflegefachkraft zum Zeitpunkt der Anzeige noch nicht fest, sind die nach Satz 2 Nummer 4 erforderlichen Angaben zeitnah, spätestens bis zur Inbetriebnahme, nachzureichen.

(2) Anbieter von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot sowie teilstationären Angeboten müssen mit der Anzeige nach Absatz 1 der zuständigen Behörde ihre Konzeption für die Leistungserbringung vorlegen. Diese umfasst insbesondere Angaben zu inhaltlichen Schwerpunkten, zum Personenkreis, zur baulichen Gestaltung, zur Gewaltprävention und zum Beschwerdeverfahren der Nutzenden.

(3) Besondere Vorkommnisse in Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot sind der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen.

(4) Innerhalb von vier Wochen ab Kenntnis sind der zuständigen Behörde anzuzeigen:

1. Änderungen zu den Angaben nach Absatz 1,
2. wesentliche Änderungen der Konzeption der Leistungserbringung nach Absatz 2 und
3. die Absicht der vollständigen oder teilweisen Betriebsaufgabe einer Wohnform.

§ 18

Betriebsvoraussetzungen

(1) Voraussetzung für den Betrieb einer Wohnform mit umfassendem Leistungsangebot ist, dass der Anbieter die notwendige Zuverlässigkeit zum Betrieb einer Wohnform besitzt. Zudem ist durch die Anbieter sicherzustellen, dass

1. Pflege- und Betreuungspersonal in ausreichender Anzahl und Qualifikation vorhanden ist,
2. die bauliche Gestaltung der Wohnform den Anforderungen des Gesetzes entspricht,
3. die Gesetzeszwecke gemäß § 1 Absatz 1 Nummer 1 und 2 erfüllt werden,
4. eine angemessene Qualität des Wohnens und die hauswirtschaftliche Versorgung gewährleistet sind,
5. die gesundheitlichen Ressourcen des Nutzenden gestärkt werden sowie
6. Arzneimittel ordnungsgemäß aufbewahrt und die Hygienevorschriften beachtet werden.

(2) Der Anbieter von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot ist verpflichtet,

1. sein Leistungsangebot aufgeschlüsselt nach Art, Menge und Preis verständlich und übersichtlich allen Interessierten zugänglich zu machen und
2. den Nutzenden, deren Bevollmächtigten oder Betreuungspersonen Einblick in die sie betreffenden Aufzeichnungen der Pflegeplanung oder des Gesamtplanes und deren Umsetzung zu gewähren.

§ 19

Mitwirkungs- und Teilhaberechte der Nutzenden

In vollstationären Pflegeeinrichtungen gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 1 und in besonderen Wohnformen gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 4 sollen die Nutzenden und soweit vorhanden deren Interessenvertretungen an der Gestaltung der Rahmenbedingungen des Wohnens, der Betreuung, der Förderung, der Verpflegung und der Freizeitgestaltung mitwirken. Die Anbieter unterstützen bei der Wahrnehmung dieser Mitwirkungs- und Teilhaberechte gemäß Satz 1.

§ 20
**Aufzeichnungs-, Aufbewahrungs-, Nachweispflichten und Umgang
mit personenbezogenen Daten**

(1) Der Anbieter einer Wohnform mit umfassendem Leistungsangebot hat nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buch- und Aktenführung Aufzeichnungen über den Betrieb zu machen und die Qualitätssicherungsmaßnahmen sowie deren Ergebnisse so zu dokumentieren, dass der ordnungsgemäße Betrieb festgestellt werden kann. Die Aufzeichnungen müssen insbesondere folgende Angaben enthalten:

1. Nutzungsart, Lage, Zahl und Größe der Räume,
2. vollständige Namen des Leitungspersonals und deren Stellvertretung, in Pflegeeinrichtungen auch der Pflegedienstleitung und deren Stellvertretung,
3. Stellenplan und Dienstpläne der letzten drei Monate,
4. vollständige Namen und Geburtsdaten der Nutzenden sowie Zimmerbelegung,
5. Vollmachten der Nutzenden und die Abrechnung der für sie verwalteten Gelder oder Wertsachen,
6. Umsetzung der individuellen Pflegeplanungen,
7. freiheitsbeschränkende und freiheitsentziehende Maßnahmen bei Nutzenden einschließlich der Angabe des für die Anordnung der Maßnahme Verantwortlichen, der betreuungsgerichtlichen Genehmigung und Evaluierung der Maßnahmen,
8. Empfangsdatum und Aufbewahrung von Arzneimitteln und deren Ausgabe an die Nutzenden einschließlich der pharmazeutischen Überprüfung der Arzneimittelvorräte und die Unterweisung der Mitarbeitenden über den sachgerechten Umgang mit Arzneimitteln.

Zur Erfüllung der Anforderungen im Sinne der Sätze 1 und 2 können Aufzeichnungen verwendet werden, die für andere Stellen als die zuständige Behörde gefertigt worden sind. Bei Wohnformen mit mehreren Leistungsvereinbarungen sind die Aufzeichnungen gesondert zu führen.

(2) Der Anbieter hat die Aufzeichnungen nach Absatz 1 sowie die sonstigen Unterlagen und Belege über den Betrieb einer Wohnform fünf Jahre aufzubewahren. Danach sind sie zu vernichten, soweit ihre Aufbewahrung zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes der Wohnform nicht mehr erforderlich ist. Bei Schließung oder Insolvenz einer Wohnform haben der Anbieter oder die Insolvenzverwaltenden für eine den Vorgaben der Sätze 1 und 2 entsprechende Vorhaltung, Aufbewahrung und Löschung der Dokumentationen zu sorgen und dies der zuständigen Behörde nachzuweisen. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten des Anbieters einer Wohnform oder der Insolvenzverwaltenden nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

(3) Der Anbieter, die Leitung und die verantwortliche Pflegefachkraft sind verpflichtet, auf Verlangen der zuständigen Behörde die für die Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen mündlichen und schriftlichen Auskünfte unentgeltlich zu erteilen. Die Aufzeichnungen nach Absatz 1 sind grundsätzlich am Ort der Leistungserbringung zur Beratung und Prüfung vorzuhalten. Die zuständige Behörde prüft vorrangig vor Ort. Die Mitnahme von Fotokopien von Aufzeichnungen sowie von Ausdrucken bei elektronischer Aktenführung für eine Fortführung der Prüfung am Dienort ist zulässig, wenn die Prüfung vor Ort nicht innerhalb des Prüftages abschließend erfolgen kann. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach Satz 1 bis 4 haben keine aufschiebende Wirkung.

(4) Weitergehende Pflichten des Anbieters, die sich aus anderen Vorschriften oder aus Vereinbarungen ergeben, bleiben unberührt.

(5) Eine Übermittlung personenbezogener Daten der Nutzenden an Personen und Stellen außerhalb der Wohnform ist nur zulässig, soweit sie erforderlich ist

1. zur Erfüllung von gesetzlichen oder vertraglich vereinbarten Leistungs- oder Mitteilungspflichten,
2. zur Abwehr von gegenwärtigen Gefahren für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben oder Freiheit, der Nutzenden oder einer dritten Person, sofern die genannten Rechtsgüter das Geheimhaltungsinteresse der Nutzenden erheblich überwiegen,
3. zur Durchführung qualitätssichernder Maßnahmen, wenn bei der beabsichtigten Maßnahme das Interesse der Allgemeinheit an der Durchführung die schutzwürdigen Belange der Nutzenden erheblich überwiegt,
4. zu Zwecken der wissenschaftlichen Forschung, wenn der Zweck des Forschungsvorhabens auf andere Weise nicht erreicht werden kann, das berechtigte Interesse der Allgemeinheit an der Durchführung des Forschungsvorhabens das Geheimhaltungsinteresse der Nutzenden erheblich überwiegt und die Einholung der Einwilligung der Nutzenden nicht möglich oder aus besonderen Gründen nicht vertretbar ist,
5. zur Durchführung eines mit dem Aufenthalt der Nutzenden in der Wohnform zusammenhängenden gerichtlichen Verfahrens,
6. zur Feststellung der Leistungspflicht der Leistungsträger und zur Abrechnung mit ihnen oder
7. zur Wahrung berechtigter Interessen von An- und Zugehörigen oder Betreuungspersonen, wenn schutzwürdige Belange der Nutzenden nicht beeinträchtigt werden und die Einholung der Einwilligung der Nutzenden nicht möglich oder im Einzelfall aus besonderen Gründen nicht vertretbar ist.

Ansonsten ist eine Übermittlung nur mit Einwilligung der Nutzenden, deren Bevollmächtigten oder Betreuungspersonen zulässig. Personen oder Stellen, denen nach Satz 1 oder 2 personenbezogene Daten übermittelt worden sind, dürfen diese nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihnen befugt übermittelt worden sind. Im Übrigen haben sie diese Daten unbeschadet sonstiger Datenschutzbestimmungen in demselben Umfang geheim zu halten wie die Wohnform selbst. Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen nach Satz 1 Nummer 4 dürfen keinen Rückschluss auf die Nutzenden zulassen, deren Daten übermittelt wurden, es sei denn, sie haben in die Veröffentlichung ausdrücklich eingewilligt.

(6) Die Wohnform hat die technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich und angemessen sind, um die Beachtung der geltenden Datenschutzbestimmungen zu gewährleisten. Die innerbetriebliche Organisation der Wohnform ist so zu gestalten, dass Geheimhaltungspflichten gewahrt werden können.

(7) Es wird auf die ergänzenden Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes verwiesen. Religionsgemeinschaften oder diesen gleichgestellte oder ihnen zuzuordnende Einrichtungen, ohne Rücksicht auf deren Rechtsform, können unter Berücksichtigung ihres kirchlichen Selbstverständnisses anstelle der Bestimmungen von Absatz 5 und 6 vergleichbare eigene bereichsspezifische Bestimmungen erlassen.

§ 21**Beteiligung von Anbietervereinigungen, Auskunftsverweigerungsrechte**

(1) Die Anbieter von Wohnformen können Vereinigungen von Anbietern, denen sie angehören, in angemessener Weise bei Beratungen nach § 7 und Prüfungen nach § 8 hinzuziehen.

(2) Die auskunftspflichtige Person kann die Auskunft auf Fragen verweigern, deren Beantwortung sie selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

§ 22**Leistungen an Anbieter sowie deren Beschäftigte**

(1) Dem Anbieter von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot und von teilstationären Angeboten ist es untersagt, sich von oder zugunsten von Nutzenden oder von sich für den Abschluss eines Pflege- und Betreuungsvertrages Interessierenden Geld oder geldwerte Leistungen versprechen oder gewähren zu lassen, die über das vertraglich vereinbarte Entgelt hinausgehen. Dies gilt nicht, wenn

1. andere als die vertraglich vereinbarten Leistungen des Anbieters entgolten werden,
2. vereinzelt geringwertige Aufmerksamkeiten versprochen oder gewährt werden oder
3. es sich bei Geld oder geldwerter Leistung um eine nach bürgerlich-rechtlichen Vorschriften wirksam vereinbarte Sicherheitsleistung zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem zwischen den Nutzenden und dem Anbieter geschlossenen Vertrag handelt.

(2) Absatz 1 Satz 1 und Satz 2 Nummer 2 gelten entsprechend für die Leitung einer Wohnform und die zur Leistungserbringung eingesetzten sonstigen Personen im Hinblick auf deren vertragliche Pflichterfüllung.

(3) Auf schriftlichen oder elektronischen Antrag eines Anbieters kann die zuständige Behörde in begründeten Einzelfällen Ausnahmen von den Verboten des Absatzes 1 Satz 1 und des Absatzes 2 zulassen, soweit der Schutz der Nutzenden die Aufrechterhaltung der Verbote nicht erfordert und Geld oder geldwerte Leistungen noch nicht versprochen oder gewährt worden sind.

Teil 4**Verordnungsermächtigungen, Ordnungswidrigkeiten****§ 23****Rechtsverordnungen**

Das für Soziales zuständige Ministerium regelt durch Rechtsverordnung

1. im Einvernehmen mit dem für Bau zuständigen Ministerium die baulichen Anforderungen an Wohnformen im Sinne des § 2 Absatz 1, insbesondere die Anforderungen an Wohn- und Gemeinschaftsräume, sanitäre Anlagen, technische Einrichtungen und Verkehrsflächen,
2. die Anforderungen an die Eignung der Leitung der Wohnform mit umfassendem Leistungsangebot, der verantwortlichen Pflegefachkraft, der Fachkräfte und der sonstigen in der Wohnform tätigen Personen sowie Anzahl und Qualifikation des Pflege- und Betreuungspersonals,
3. Art, Umfang und Form der Mitwirkung der Interessenvertretungen sowie die Unterstützung durch den Anbieter gemäß § 19.

§ 24**Ordnungswidrigkeiten**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. sich entgegen § 6 Absatz 1 Satz 3 oder § 6 Absatz 2 Satz 1 einer angeordneten Maßnahme widersetzt,
2. einer vollziehbaren Anordnung nach § 10 Absatz 2 Satz 2, § 11 oder § 12 Absatz 1 zuwiderhandelt,
3. eine Wohnform nach § 2 Absatz 1 betreibt, obwohl dies durch vollziehbare Verfügung nach § 13 Absatz 1 oder 2 untersagt worden ist,
4. entgegen § 17 Absatz 1 den Betrieb einer Wohnform nicht, unrichtig oder nicht rechtzeitig anzeigt,
5. entgegen § 17 Absatz 4 Nummer 1 und 2 Änderungen zu den Betriebsvoraussetzungen nicht, unrichtig oder nicht rechtzeitig anzeigt,
6. entgegen § 17 Absatz 4 Nummer 3 eine beabsichtigte Betriebseinstellung nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt,
7. seiner Auskunftspflicht gemäß § 20 Absatz 3 Satz 1 nicht ordnungsgemäß nachkommt oder
8. einer Rechtsverordnung nach § 23 zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 1, 2 und 5 bis 8 können mit Geldbußen bis zu 10 000 Euro und Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 3 und 4 mit Geldbußen bis zu 25 000 Euro geahndet werden.

(3) Die Landkreise und kreisfreien Städte sind zuständig für die Ahndung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1. Verwaltungsbehörden im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte. Sie vereinnahmen die durch sie festgesetzten Geldbußen. Die Landkreise und kreisfreien Städte nehmen diese Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis wahr.

Teil 5
Schlussbestimmungen**§ 25**
Übergangsfristen

(1) Für zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits betriebene Wohnformen gelten die Regelungen zur Anzeigepflicht nach § 17 Absatz 1 und 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Anzeige innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes bei der zuständigen Behörde eingehen muss. Auf Grundlage der Anzeige führt die zuständige Behörde die Erstberatung nach § 7 Absatz 1 Nummer 1 und die Zuordnungsprüfung nach § 8 Absatz 1 mit den sich daraus ergebenden Rechtsfolgen durch.

(2) Die zuständige Behörde hat für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes betriebenen und denen im Bau oder baureifen Planungsstadium befindlichen Wohnformen angemessene Fristen zur Herstellung der Betriebsvoraussetzungen nach § 18 einzuräumen.

Artikel 2
Änderung des Landespflegegesetzes

§ 10 Absatz 3 des Landespflegegesetzes vom 16. Dezember 2003 (GVOBl. M-V S. 675), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 19. März 2024 (GVOBl. M-V S. 87, 96) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 3
**Änderung der Verordnung zur Anpassung der berücksichtigungsfähigen
Aufwendungen nach § 10 Absatz 3 des Landespflegegesetzes**

Die Verordnung zur Anpassung der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen nach § 10 Absatz 3 des Landespflegegesetzes vom 21. Dezember 2022 (GVOBl. M-V S. 648) wird aufgehoben.

Artikel 4
Bekanntmachungserlaubnis

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport kann den Wortlaut des Landespflegegesetzes in der ab dem 1. Januar 2026 geltenden Fassung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern bekannt machen.

Artikel 5
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt das Einrichtungenqualitätsgesetz vom 17. Mai 2010 (GVOBl. M-V S. 241), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juni 2023 (GVOBl. M-V S. 651) geändert worden ist, außer Kraft.

Begründung:

A Allgemeiner Teil

Zu Artikel 1 (Wohnformen- und Teilhabegesetz)

Mit Artikel 1 des Gesetzentwurfes wird das Einrichtungenqualitätsgesetz M-V (EQG M-V) novelliert und als Wohnformen- und Teilhabegesetz neu gefasst. Mit Inkrafttreten der Föderalismusreform I im Jahr 2006 ist die Gesetzgebungskompetenz für das Heimrecht auf die Länder übergegangen und das Heimgesetz des Bundes im Jahr 2010 in Mecklenburg-Vorpommern durch das EQG M-V ersetzt worden. Dieses ist ein Instrument der staatlichen Aufsicht, welches mit ordnungsrechtlichen Mitteln die Interessen von Menschen mit Behinderungen und von Pflegebedürftigen schützen soll. Seit dem Inkrafttreten des EQG M-V erfolgten zwar Anpassungen im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) und der Einführung eines bundeseinheitlichen Personalbemessungsinstrumentes gemäß § 113c des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI). Eine grundlegende Überarbeitung und Berücksichtigung aktueller Entwicklungen ist bisher aber nicht erfolgt.

Mit Ziffer 392 des Koalitionsvertrages haben sich die Koalitionspartner auf die Weiterentwicklung des EQG M-V zu einem modernen Wohn- und Teilhabegesetz verständigt. Dies wird mit der Gesetzesnovelle aufgegriffen. Dazu wurde dem Gesetzgebungsverfahren in Umsetzung der Vereinbarung in den vergangenen Monaten ein intensiver Dialogprozess vorangestellt. Unter Beteiligung aller relevanten Akteure einschließlich der Interessenvertretungen der Nutzenden und Angehörigen wurden nach einer Auftaktveranstaltung in fünf Arbeitsgruppensitzungen das bisherige EQG M-V evaluiert, Erkenntnisse über die Wirksamkeit und die Praktikabilität ausgetauscht, auf Mängel und Lücken hingewiesen und der notwendige Änderungs- und Anpassungsbedarf herausgearbeitet. Die aus diesem Prozess entwickelten Eckpunkte wurden in einer Abschlussveranstaltung präsentiert.

Der vorliegende Gesetzentwurf übernimmt große Teile des EQG M-V, welches sich in wesentlichen Punkten in der praktischen Anwendung grundsätzlich bewährt hat. Da der Begriff der Einrichtung aber nicht mehr zeitgemäß und umfassend genug ist, wird dieser neu gefasst. Zudem greift der neue Titel den Gedanken der individuellen Lebensgestaltung durch Teilhabe sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für pflegebedürftige Menschen auf. Der Anwendungsbereich wird neu geordnet und aufgenommen werden das Tageshospiz, die anbieterverantwortete Pflegewohngemeinschaft einschließlich der Intensivpflegewohngemeinschaft und das anbieterverantwortete alternative Wohnen. Gleichzeitig werden verschiedene Kategorien von Pflege- und Betreuungsformen gebildet, die in unterschiedlicher Intensität der Aufsicht der zuständigen Behörde einschließlich ihrer Beratungs- und Prüftätigkeit unterliegen. Es werden Wohnformen mit einem umfassenden Leistungsangebot, teilstationäre Angebote und ambulant betreute Wohnformen in Anbieterverantwortung unterschieden. Die bisherige Experimentierklausel wird inhaltlich weiter ausgestaltet, um die Erprobung neuer Wohnformen zu ermöglichen und die Anbieter beim notwendigen Strukturwandel zu unterstützen. Außerdem sollen die Anbieter bereits bei der Planung und rechtzeitig vor Inbetriebnahme den Kontakt zur zuständigen Behörde herstellen und sich zur konkreten Ausgestaltung der Wohnform ordnungsrechtlich beraten lassen. Da das inhaltliche Konzept einer Pflege- und Betreuungswohnform erhebliche Auswirkungen auf den Raumbedarf oder die personelle Ausstattung haben kann, soll noch stärker auf die Konzeption abgestellt und von bestehenden Anforderungen abgewichen werden können.

Die Teilhabe von Nutzenden wird gestärkt, indem die Anbieter von Wohnformen zukünftig gehalten sind, Mitwirkungsrechte noch stärker zu gewährleisten.

Durch die Novelle werden die Regelungen praxisnäher ausgestaltet. Bisher bestehende Rechtsunsicherheiten werden ausgeräumt. Mit der Überarbeitung des EQG M-V werden zudem Bürokratie und bisher bestehende Doppelstrukturen z. B. bei der Prüftätigkeit der zuständigen Ordnungsbehörde, des Medizinischen Dienstes oder des Eingliederungshilfeträgers abgebaut.

Der qualitätswissenschaftliche Diskurs geht von dem Grundsatz aus, dass man Qualität in ein System nicht durch umfangreiche Prüfungen „hineinprüfen“ kann. Wirkungsvoller ist, den jeweiligen Leistungserbringer, bei dem die Qualitätsverantwortung liegt, zu unterstützen und zu begleiten. An der Qualitätssicherung sind zudem weitere Akteure beteiligt, wie z. B. die Kostenträger, welche insbesondere die Leistungserbringung in den Fokus nehmen. Nach erfolgten Änderungen der gesetzlichen Regelungen zur Qualitätssicherung im Elften Kapitel SGB XI und weil sich vergleichbare Prozesse auch im Rechtskreis der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des SGB IX vollzogen haben, ist es notwendig geworden, das bisherige Konzept der Qualitätsverantwortung weiterzuentwickeln. Der Schwerpunkt der ordnungsrechtlichen Tätigkeit der zuständigen Behörde wird daher auf die Beratung gelegt, ohne dabei die weiteren Instrumente aus dem Blick zu verlieren, ordnungsrechtliche Maßnahmen bleiben nach wie vor im bisherigen Umfang möglich. Inhalt der Beratung sind insbesondere die Sicherstellung und Weiterentwicklung der Pflege-, Teilhabe- und anderen Unterstützungsleistungen für die Nutzenden unter Berücksichtigung der Anforderungen, die durch dieses Gesetz und die aufgrund dieses Gesetzes zu erlassenen Rechtsverordnungen an den Betrieb der Wohnform gestellt werden. Im Rahmen der Beratung können auch Maßnahmen zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der ordnungsrechtlichen fachlichen Standards der Wohnformen dargestellt und erörtert werden.

Der Entwurf des Wohnformen- und Teilhabegesetzes enthält außerdem viele redaktionelle Änderungen. Der Großteil ist auf eine Anpassung der Begrifflichkeiten zurückzuführen. So wurden die Begriffe „Bewohnerinnen und Bewohner“ und „Mieterinnen und Mieter“ durch das Wort „Nutzende“ und die Begriffe „Einrichtungen und Räumlichkeiten“ durch das Wort „Wohnformen“ ersetzt. Diese neutralen Formulierungen sind sowohl im Sinne der Barrierefreiheit als auch in Bezug auf eine gendergerechte Sprache notwendig und sinnvoll.

Zu Artikel 2 und 3 (Änderung des Landespflegegesetzes und Aufhebung der Verordnung zur Anpassung der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen nach § 10 Absatz 3 des Landespflegegesetzes)

Mit Artikel 2 und 3 des Gesetzentwurfes werden aktuelle Fragen im Bereich der Pflege aufgegriffen. Die Pflege bewegt sich im Kontext einer zunehmend technisierten und digitalen Welt einschließlich der Medizin. Der Einsatz digitaler Technologien und Anwendungen kann dazu beitragen, Lösungen für die Herausforderungen des demografischen Wandels und der damit einhergehenden alternden Gesellschaft zu finden. Hinzu kommt, dass Pflegeheime oftmals nicht mehr den Anforderungen der kommenden Generation von pflegebedürftigen Bewohnenden entsprechen. Darüber hinaus sind die Herausforderungen in Bezug auf Resilienzen gegenüber Katastrophen und Krankheiten und Klimaschutz einschließlich Hitzeschutz größer geworden. Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, sind Investitionen der Anbieter notwendig, die ein entsprechendes Umfeld benötigen.

Die bisherigen Regelungen zur gesonderten Berechnung von Investitionskosten gingen von umzulegenden Höchstbeträgen aus, die in regelmäßigen Abständen von vier Jahren im Verordnungsweg anhand des Baukostenindex ermittelt wurden. Inzwischen unterliegt dieser einer solchen Dynamik, dass ein solches Verfahren investitionshemmend wirkt.

Der Gesetzentwurf sieht daher eine Streichung der Regelungen des § 10 Absatz 3 LPflegeG M-V (Kappungsgrenze) vor. Anknüpfend daran wird mit Artikel 3 die Verordnung zur Anpassung der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen nach § 10 Absatz 3 des Landespflegegesetzes (AbA VO M-V) vom 21. Dezember 2022 aufgehoben.

Gleichwohl sind die Nutzenden von Einrichtungen vor überhöhten Investitionskosten geschützt, da mit § 82 Absatz 3 SGB XI lediglich die betriebsnotwendigen Kosten umgelegt werden dürfen.

B Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Wohnformen- und Teilhabegesetz)

Zur Bezeichnung des Gesetzes

Die Änderung der Bezeichnung verdeutlicht die Anpassung an die modernisierten Inhalte und neuen Schwerpunkte des Gesetzes.

Zu Teil 1 (Allgemeine Vorschriften)

Die Regelungen zum Zweck des Gesetzes (§ 1), zum Anwendungsbereich (§ 2) und zu den Begriffsbestimmungen (§ 3) sind in Teil 1 zusammengefasst.

Zu § 1 (Zweck des Gesetzes)

§ 1 entspricht im Wesentlichen der bisherigen Regelung des § 1 EQG M-V.

Absatz 1 bestimmt weiterhin die Ziele des Gesetzes.

Klarstellend wird in Nummer 1 aufgenommen, dass sich das Gesetz auf volljährige Menschen bezieht und damit im Umkehrschluss nicht für Kinder und Jugendliche gilt.

Das Erteilen, der Widerruf und die Zurücknahme der Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung, in der Kinder und Jugendliche betreut werden oder Unterkunft erhalten, obliegt gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) der Jugendhilfe. Die Regelung des § 45 SGB VIII bleibt unberührt.

Des Weiteren wird in Nummer 2 klargestellt, dass die Berücksichtigung insbesondere von kulturellen, religiösen und sprachlichen Aspekten grundlegend für eine kultursensible Pflege und Betreuung ist. Die Verpflichtung des Anbieters berücksichtigt hierbei die Ermöglichung der Religionsausübung im eigenen Zimmer. Hiermit wird auch den besonderen Belangen von pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen mit Einwanderungsgeschichte Rechnung getragen.

Für eine diversitätssensible Pflege und Betreuung sind neben den kulturellen Aspekten auch die sexuelle Identität und geschlechtliche Vielfalt der Nutzenden von Bedeutung und im Pflege- und Betreuungssetting zu berücksichtigen. Diese Änderung erfolgt korrespondierend zu § 1 Absatz 4 LPflegeG M-V.

Zweck des Gesetzes ist auch die Berücksichtigung der digitalen Teilhabe. Diese ist Bestandteil der Teilhabe am Leben entsprechend Nummer 3.

Die weiteren Änderungen sind redaktioneller Art.

Absatz 2 erfährt eine redaktionelle Anpassung.

Zu § 2 (Anwendungsbereich)

Mit § 2 wird der Anwendungsbereich des Gesetzes dargestellt.

In Absatz 1 wird der Anwendungsbereich des Gesetzes benannt und durch § 3 Absatz 1 bis 8 konkretisiert.

Absatz 2 orientiert sich an den bisherigen Regelungen des EQG M-V zu § 2 Absatz 4 und 9 EQG M-V und benennt somit die vom Gesetz nicht umfassten Wohnformen. Weiterhin nicht in den Anwendungsbereich einbezogen sind Krankenhäuser entsprechend der Legaldefinition aus § 2 Nummer 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes sowie Internate und Wohnheime im Sinne des § 102 Absatz 3 des Schulgesetzes, die errichtet wurden, soweit den Schülerinnen und Schülern eine tägliche Fahrt zur Schule nicht zugemutet werden kann. Die bisherige Regelung zum betreuten Wohnen gemäß § 2 Absatz 4 EQG M-V wird unter der neuen Begrifflichkeit des Servicewohnens gefasst und in § 3 Absatz 9 konkretisiert. Ebenfalls fallen selbstverantwortete Wohngemeinschaften, definiert in § 3 Absatz 10 und 11, nicht unter den Anwendungsbereich.

Zu § 3 (Begriffsbestimmungen)

§ 3 definiert mit den Absätzen 1 bis 8 die im Gesetz geregelten Wohnformen. Mit den Absätzen 9 bis 11 werden klare Abgrenzungskriterien geschaffen für die ausgeschlossenen Wohnformen.

Absatz 1 umfasst in Satz 1 die Aufzählung der Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot. Zudem werden in Satz 2 und 3 die gemeinsamen Merkmale von vollstationären Pflegeeinrichtungen, Hospizen und Kurzzeitpflegeeinrichtungen definiert. Dabei wird auf die bisher geltenden Regelungen des § 2 Absatz 1 EQG M-V abgestellt.

Absatz 2 und 3 definieren Kurzzeitpflegeeinrichtungen und die besonderen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen. Diese entsprechen inhaltlich dem § 2 Absatz 2 und 3 EQG M-V und werden redaktionell angepasst.

Absatz 4 definiert teilstationäre Angebote. Dazu gehören die Tages- oder Nachtpflegeeinrichtungen, die inhaltlich dem § 2 Absatz 5 EQG M-V entsprechen. Neu aufgenommen werden Tageshospize, die ein Angebot für Menschen sind, die an einer schweren, todbringenden Erkrankung leiden, zu Hause leben und nur stundenweise Betreuung und Pflege im Tageshospiz in Anspruch nehmen möchten.

Absatz 5 benennt die ambulant betreuten Wohnformen in Anbieterverantwortung. Kernmerkmal dieser Wohnformen ist das Fehlen einer „Rund-um-die-Uhr“-Versorgung. Die ambulante Leistungserbringung darf nicht weitgehend den Umfang einer vollstationären Versorgung erreichen. Es ist ein Zutun der Nutzenden selbst oder der An- und Zugehörigen erforderlich.

Absatz 6 konkretisiert die Pflegewohngemeinschaft. Die Definition der Pflegewohngemeinschaft entspricht im Wesentlichen der Regelung des § 38a Absatz 1 SGB XI, der die Anforderungen einer Wohngruppe für den Wohngruppenzuschlag formuliert. Mit dieser Anpassung werden Ordnungs- und Leistungsrecht harmonisiert. Eine Anbieterverantwortung liegt vor, wenn die Anbieter Entscheidungen und Maßnahmen in verschiedenen Angelegenheiten für die Pflegewohngemeinschaft treffen. Dazu zählt beispielsweise die Entscheidung darüber, wer in die Wohngemeinschaft einzieht und wie die gemeinschaftlich genutzten Räume gestaltet werden. Gleichwohl findet keine Vollversorgung – vergleichbar mit einer vollstationären Pflegeeinrichtung – statt, weil die Versorgung in der Wohngruppe auch durch die aktive Einbindung ihrer eigenen Ressourcen und ihres sozialen Umfelds sichergestellt wird. Mit der Regelung des Absatzes 10 erfolgt die klare Abgrenzung zur selbstverantworteten Wohngemeinschaft. Im Zweifel gilt derjenige als Anbieter, der gegenüber der Präsenzkraft die Arbeitgeberfunktion und damit das Direktionsrecht innehat, wie beispielsweise Festlegung Dienstort und -zeiten und Arbeitsschutz sowie Abführen der Sozialversicherungsbeiträge.

Unter die Regelung der anbieterverantworteten Pflegewohngemeinschaft fällt auch nach Satz 2 die Intensivpflegewohngemeinschaft, in der aufgrund der Schwere der Erkrankung ein besonders hohes Schutzbedürfnis der Pflegebedürftigen besteht. Die Definition orientiert sich an § 7 Absatz 1 Satz 2 und 3 der Rahmenempfehlungen nach § 132l Absatz 1 SGB V zur Versorgung mit außerklinischer Intensivpflege vom 3. April 2023 und sorgt für eine Harmonisierung von Ordnungs- und Leistungsrecht. Zur pflegerischen Versorgung wird durch einen Anbieter geeigneter Wohnraum mit außerklinischer Intensivpflege angeboten. Als Form der anbieterverantworteten Pflegewohngemeinschaft ist auch diese gegenüber der zuständigen Behörde anzeigepflichtig und unterliegt den gleichen Anforderungen wie anbieterverantwortete Pflegewohngemeinschaften. Darüber hinausgehende spezifische Anforderungen wurden durch die Kassen mit den Rahmenempfehlungen nach § 132l Absatz 1 SGB V festgelegt und sind auch von diesen zu prüfen.

Absatz 7 entspricht inhaltlich weitestgehend dem § 2 Absatz 7 EQG M-V zur betreuten Wohngruppe für psychisch kranke Menschen oder Menschen mit Behinderung. Die bisherige Begrifflichkeit wird abgelöst durch „Wohnformen mit Assistenzleistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“. Mit der Regelung des Absatzes 11 erfolgt die klare Abgrenzung zu selbstverantworteten Wohngemeinschaften mit Assistenzleistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.

Das alternative Wohnen, teilweise auch als „Pflegewohnen“ bezeichnet, in Absatz 8 wurde aufgrund der Praxisbedeutung aufgenommen. Damit wird vor allem dem Verbraucherschutz Rechnung getragen. Beim alternativen Wohnen wird eine Wohnung im Sinne des § 48 LBauO M-V zur Verfügung gestellt und mit der Verpflichtung zur Inanspruchnahme eines bestimmten Pflege- und Betreuungsdienstes verbunden, der somit nicht frei wählbar ist. Die gebundenen Pflege- und Betreuungsdienstleistungen müssen über allgemeine Betreuungsdienstleistungen wie Notrufanlagen, Vermittlung von Dienst-, Betreuungs- und Pflegeleistungen oder Informationen und Beratungsleistungen (Grundleistungen) hinausgehen.

Es besteht eine doppelte Abhängigkeit hinsichtlich der Überlassung des Wohnraumes und der Bindung an einen bestimmten Pflege- und Betreuungsdienst, sodass das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz anzuwenden ist.

Absatz 9 wurde zur Klarstellung und Abgrenzung aufgenommen. Es werden unter dem Begriff des Servicewohnens gängige Begriffe wie der des betreuten Wohnens oder der Seniorenwohnanlage zusammengefasst. Es handelt sich um eine Wohnform, bei der die Anmietung von Wohnraum mietvertraglich an die Inanspruchnahme bestimmter allgemeiner Unterstützungsleistungen gebunden ist. Hierbei muss weder eine Pflegebedürftigkeit vorliegen noch zeitnah eintreten. Mit dem Wohnraum sind vertraglich und damit nicht frei wählbare Grundleistungen festgelegt. Dazu zählen Notrufanlagen, Vermittlung von Dienst-, Betreuungs- und Pflegeleistungen oder Informationen und Beratungsleistungen. Es besteht jedoch keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme hinausgehender Betreuungs- und Pflegeleistungen eines bestimmten Dienstes. Darunter fällt auch das Servicewohnen für Senioren entsprechend DIN 77800. Die Definition dient damit der Transparenz im Sinne des Verbraucherschutzes.

Mit Absatz 10 erfolgt die Abgrenzung zur Pflegewohngemeinschaft in Anbieterverantwortung. Diese Wohnform entspricht dem privaten Wohnen mit möglichen Pflegeleistungen nach dem SGB XI. Die Nutzenden bzw. deren An- und Zugehörige regeln alle Fragen, die die Wohngemeinschaft betreffen, selbst. Die Nutzenden binden vertraglich Betreuungs- oder Präsenzkkräfte – in Abgrenzung zu der anbieterverantworteten Wohngemeinschaft. Die Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit der Nutzenden im Sinne dieser Regelung soll auch dann angenommen werden, wenn Ersatzhandlungen durch An- und Zugehörige vorgenommen werden müssen.

Mit Absatz 11 erfolgt die Abgrenzung zu den Wohnformen mit Assistenzleistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch. Diese Wohnform entspricht dem privaten Wohnen mit möglichen Assistenzleistungen nach Teil 2 des SGB IX.

Zu Teil 2 (Zuständige Behörde, Aufgaben und Befugnisse)

In Teil 2 werden die Aufgaben und Befugnisse der zuständigen Behörden festgelegt, die erforderlich sind, um die Einhaltung des Gesetzeszwecks sicherzustellen. Teil 2 umfasst die §§ 4 bis 16.

Zu § 4 (Zuständige Behörde)

§ 4 regelt die Zuständigkeit zur Ausführung des Gesetzes. Bei den Aufgaben des Gesetzes handelt es sich um solche des übertragenen Wirkungskreises entsprechend §§ 3 Absatz 1 und 90 der Kommunalverfassung, die an die kommunale Körperschaft zu übertragen sind.

Zu § 5 (Allgemeine Bestimmungen)

§ 5 beinhaltet Maßnahmen zur Einhaltung des Gesetzes insbesondere unter dem Fokus des Verbraucherschutzes.

Mit Absatz 1 werden die Tätigkeiten der zuständigen Behörde konkretisiert. Die Überwachung der Anforderungen erfolgt durch Beratung und Prüfung, die in den folgenden Normen differenziert werden. Schon das bisherige EQG M-V kannte die Verbindung von Prüfung und Beratung als Aufgaben der zuständigen Behörden. Beratung hat in erster Linie einen Präventionscharakter. Sie stellt ferner oftmals das mildeste, geeignete Mittel dar, das klassischerweise auch von Ordnungsbehörden angewandt wird (Beispiele: gewerbeaufsichtliches Handeln, polizeiliche Präventionsberatung, Beratung von Umweltschutzbehörden). Im Dialogprozess wurde von den verschiedenen Akteuren verdeutlicht, dass sich Aufsichtsbehörde und Anbieter nicht entgegenstehen, sondern sich vielmehr ergänzen.

Mit Absatz 2 wird die Beratungstätigkeit der zuständigen Behörden definiert. Sie informiert und berät zur ordnungsrechtlichen Ausgestaltung der Wohnformen, zu den Rechten und Pflichten der Nutzenden, der Interessenvertretungen der Nutzenden und der Anbieter. Auch aus dieser Norm lässt sich der hohe Stellenwert der Beratung ableiten.

Absatz 3 verdeutlicht, dass die zuständige Behörde sowohl als Beschwerdestelle für die Nutzenden und ihren An- und Zugehörigen als auch für die Beschäftigten der Wohnform zur Verfügung stehen. An- und Zugehörige sind in diesem Zusammenhang Personen, die einen persönlichen Bezug zu den Nutzenden haben und ergänzend unterstützen. Klargestellt wird, dass die zuständige Behörde mit weiteren Akteuren zusammenarbeiten kann, um die Ziele des Gesetzes zu erreichen und für Verbraucherinformation und -schutz zu sorgen.

Absatz 4 entspricht im Wesentlichen der bisherigen Regelung des § 15 Absatz 1 EQG M-V. Ergänzt wird, dass als Grundlage für Maßnahmen der zuständigen Behörde auch Prüfergebnisse anderer Prüfbehörden herangezogen werden können, wenn sich die zuständige Behörde diese zu eigen macht.

Absatz 5 und 6 entsprechen inhaltlich unverändert der bisherigen Regelung des § 15 Absatz 2 und 3 EQG M-V.

Zu § 6 (Befugnisse)

§ 6 entspricht inhaltlich im Wesentlichen den Regelungen aus §§ 8 und 16 EQG M-V. Es werden die Befugnisse der zuständigen Behörde dargestellt.

Absatz 1 entspricht inhaltlich den Regelungen des § 8 Absatz 3 und 4 sowie § 16 Absatz 3 Satz 2 EQG M-V zu den Befugnissen der mit der Überwachung beauftragten Personen und erfährt lediglich eine redaktionelle Anpassung. Die zuständige Behörde benötigt die nach Satz 1 genannten Befugnisse, um ihre Aufgaben zur Überwachung und letztlich zur Gefahrenabwehr ordnungsgemäß durchführen zu können. Diese stellen die gesetzlichen Grundlagen im Rahmen des Gesetzesvorbehalts für die erforderlichen Grundrechtseingriffe dar. Die Beratung wird als ein Instrument der Überwachung aufgenommen. Der Beratung ist vor dem Erlass von Anordnungen der Vorzug zu geben.

Satz 2 entspricht inhaltlich § 8 Absatz 4 EQG M-V und regelt das Betretungsrecht in allen Wohnformen bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Zu berücksichtigen sind hierfür sowohl das Ausmaß als auch die Wahrscheinlichkeit des zu erwartenden Schadens (NK-BKAG/Naumann, 1. Aufl. 2023, BKAG § 46 Rn. 29). Es handelt sich hierbei um Gefahren, deren Abwehr besonders dringlich erscheinen, insbesondere, weil ein besonders gewichtiges Rechtsgut gefährdet ist.

In Satz 4 wird dem Zitiergebot gemäß Artikel 19 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes Rechnung getragen.

Absatz 2 Satz 1 stellt eine Ermächtigungsgrundlage im Rahmen der Eingriffsverwaltung dar. Absatz 2 Satz 2 regelt die Vollziehbarkeit von Maßnahmen.

Absatz 3 regelt, dass die zuständige Behörde Anordnungen, Verbote und Untersagungen gegenüber den Anbietern nach Ermessensgrundsätzen erlassen kann.

Zu § 7 (Beratung)

Mit § 7 wird insbesondere dem verstärkten Beratungsansatz Rechnung getragen und es werden die Formen der Beratung definiert. Daher wird der frühzeitigen und regelmäßigen Beratung und dem gegenseitigen Austausch der an der Qualitätssicherung beteiligten Akteure größerer Raum gegeben.

Absatz 1 Nummer 1 basiert auf § 8 Absatz 6 EQG M-V und regelt die Erstberatung für alle Wohnformen, damit der Anbieter vor Inbetriebnahme über alle Voraussetzungen des Gesetzes informiert ist. Die Intensität der Beratung richtet sich nach den Vorkenntnissen des Anbieters. Die Regelung normiert einen Rechtsanspruch auf Beratung für die Anbieter von Wohnformen auch bereits vor Aufnahme des Betriebes dieser. Nummer 2 regelt die Mängelberatung und verweist auf § 9 des Gesetzes. Nummer 3 regelt die Folgeberatung und verweist auf Absatz 2.

In Absatz 2 Satz 1 wird die Folgeberatung für Anbieter von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot beschrieben. Entsprechend des Bedarfes bedeutet dabei, dass die zuständige Behörde für die konkrete Wohnform entscheiden kann, in welchen sich wiederholenden, wenn auch ausgeweiteten Zeitabständen eine Folgeberatung durchgeführt wird, allerdings mit der Maßgabe, mindestens im Abstand von zwei Jahren zu beraten. Dieses kann auch verbunden werden mit möglichen Schwerpunktprüfungen. Die zuständige Behörde steht den Anbietern einer Wohnform beratend zur Verfügung. Erfolgen kann die Folgeberatung auch durch eine Trägerberatung. Beratungen können auch digital oder telefonisch stattfinden.

Mit Satz 2 wird die beratende Begleitung von teilstationären Angeboten und ambulant betreuten Wohnformen aufgenommen. Im Gegensatz zu Satz 1 ist diese als Kann-Vorschrift ausgestaltet und begrenzt auf einen Zeitraum von drei Jahren nach Inbetriebnahme. Die Entscheidung über die Durchführung – sowohl ob als auch zu welchem Thema und in welchem Umfang – der Beratung unterliegt also dem Ermessen der zuständigen Behörde. Ausschlaggebende Faktoren, diese nicht durchzuführen, können z. B. die Vorkenntnisse der Anbieter im Einzelfall sein.

Zu § 8 (Prüfung)

Mit § 8 werden die Grundsätze der Prüftätigkeit der zuständigen Behörde beschrieben.

Absatz 1 Satz 1 entspricht inhaltlich § 8 Absatz 7 und § 16 Absatz 2 Satz 1 EQG M-V und regelt die Zuordnungsprüfung. Sie dient der klaren Zuordnung der jeweiligen Wohnform zum Anwendungsbereich des Gesetzes im Sinne des Verbraucherschutzes. Eine Zuordnungsprüfung ist auch durchzuführen, wenn der berechtigte Verdacht besteht, dass eine andere als die ursprünglich angezeigte und festgestellte Wohnform betrieben wird oder – nach Absatz 1 Satz 2 – bei der zuständigen Behörde bekannt wird, dass eine vermeintlich vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgeschlossene Wohnform die Voraussetzungen einer Wohnform erfüllen könnte und damit vom Anwendungsbereich erfasst wäre. Insbesondere mit dem Inkrafttreten des Gesetzes können bisher angezeigte Wohnformen in eine andere Kategorie fallen als nach dem bisherigen EQG M-V. Dies kann vor allem auf ambulante betreute Wohnformen zutreffen. Vergleiche hierzu auch für die Begründung für Übergangsfristen nach § 25 Absatz 1.

Mit Absatz 2 Satz 1 wird eine regelmäßige Schwerpunktprüfung in Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot eingeführt anstelle der jährlichen Regelprüfung nach § 8 Absatz 1 Satz 2 EQG M-V. Regelmäßig bedeutet dabei, dass die zuständige Behörde für die konkrete Wohnform entscheiden kann, in welchen sich wiederholenden, wenn auch ausgeweiteten Zeitabständen eine Prüfung durchgeführt wird, allerdings mit der Maßgabe, mindestens im Abstand von zwei Jahren zu prüfen. Bei der Entscheidung können Ergebnisse der Beratung, Mängelanzeigen oder der Prüfbericht des Medizinischen Dienstes berücksichtigt werden. Gleiches gilt ebenso für die Festlegung der jeweiligen Schwerpunkte bei der Prüfung. Insofern werden die Prüfinhalte flexibilisiert. Die Schwerpunkte der Prüfung müssen nicht bei allen Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot identisch sein. Im Rahmen der Fachaufsicht kann das fachlich zuständige Ministerium die zuständige Behörde bei der Festlegung der zu prüfenden Schwerpunkte unterstützen und diese gemeinsam mit den zuständigen Behörden identifizieren.

Absatz 2 Satz 2 entspricht inhaltlich § 8 Absatz 1 Satz 3 EQG M-V und regelt die Anlassprüfung in Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot. Gründe für eine Anlassprüfung können u. a. Beschwerden der pflegebedürftigen Menschen, ihrer An- und Zugehörigen oder der Mitarbeitenden sein. Ebenfalls können Prüfergebnisse des Medizinischen Dienstes oder der Eingliederungshilfeträger als Anlass gewertet werden. Umfang und Form der Anlassprüfung sind durch die zuständige Behörde auszugestalten.

Absatz 3 regelt die besondere Anlassprüfung in allen Wohnformen bei Anhaltspunkten für eine Gefahr für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben oder Freiheit, der Nutzenden.

Absatz 4 trifft allgemeine Regelungen zur Durchführung von Prüfungen. Darüber hinaus wurde die Regelung des § 8 Absatz 1 EQG M-V übernommen und um den gegenseitigen Informationsaustausch zu Prüfinhalten innerhalb der Organisationseinheit erweitert. Damit soll sichergestellt werden, dass sich die innerhalb der zuständigen Behörden beteiligten Organisationseinheiten, wie beispielsweise Gesundheitsamt oder Sozialamt, gegenseitig informieren und abstimmen. Prüfungen können gemeinsam durchgeführt werden oder auf bereits durchgeführte Prüfinhalte zurückgegriffen werden. Die personelle und zeitliche Belastung des Anbieters durch Prüfungen soll auf das notwendige Maß reduziert werden.

Sich widersprechende oder divergierende Maßnahmen von Organisationseinheiten der zuständigen Behörden sollen so unterbunden werden.

Mit Absatz 5 wird klarstellend aufgenommen, dass die Prüfergebnisse der zuständigen Behörde in einem Prüfnachweis festgehalten werden sollen. Der Umfang des Prüfnachweises ist von der Prüfungsart und etwaigen Feststellungen abhängig. Dabei kann es darauf ankommen, wie viele Prüftage notwendig waren sowie ob eine Nachreichung von Unterlagen erforderlich ist. Insbesondere bei rechtswidrigen Abweichungen von den Anforderungen des Gesetzes sollte ein Prüfbericht erstellt werden, der die Mängel eindeutig feststellt. Die Feststellungen sind als Verwaltungsakt im Sinne des § 35 VwVfG M-V zu qualifizieren. Der Prüfnachweis hat schriftlich zu erfolgen. Soweit die Anforderungen des Gesetzes eingehalten wurden, kann als Prüfnachweis beispielsweise das Prüfprotokoll mit einem abschließenden Hinweis zur Einhaltung der Anforderungen als ausreichend angesehen werden.

Absatz 6 entspricht inhaltlich unverändert § 8 Absatz 5 EQG M-V und regelt weiterhin den Wegfall der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Prüfungsanordnungen und Prüfbescheide.

Zu § 9 (Mängelberatung)

§ 9 beschreibt die Mängelberatung als ein wichtiges Instrument der zuständigen Behörde. Diese wird unverändert beibehalten und entspricht den bisherigen Regelungen des § 9 EQG M-V.

Absatz 1 entspricht der Regelung des § 9 Absatz 1 Satz 1 EQG M-V. Mit der Mängelberatung gibt die zuständige Behörde Auskunft zu den festgestellten Mängeln, berät zu Möglichkeiten für die Abstimmung der Mängel unter Einräumung einer angemessenen Frist.

Absatz 2 stellt klar, dass bei Gefahren für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben oder Freiheit, der Nutzenden eine Mängelberatung nicht erforderlich ist und die Regelungen des § 10 für einen sofortigen Erlass von Anordnungen greifen.

Absatz 3 entspricht im Wesentlichen § 9 Absatz 3 EQG M-V und regelt im Rahmen der Mängelberatung die Beteiligung der Vertragsparteien, mit denen Vereinbarungen nach § 17 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 bis 8 geschlossen wurden. Damit wird sichergestellt, dass bei ordnungsrechtlich festgestellten Mängeln, deren Abstimmung Auswirkungen auf Entgelte oder Vergütungen haben können, die Kostenträger frühzeitig beteiligt werden. Dies dient der Harmonisierung von Leistungs- und Ordnungsrecht.

Zu § 10 (Anordnungen zur Beseitigung von Mängeln)

§ 10 regelt Anordnungen zur Beseitigung von Mängeln.

Absatz 1 entspricht § 10 Absatz 1 EQG M-V und legt fest, in welchen Fällen Anordnungen erlassen werden können. Neben dem Wohl der Nutzenden ist die Einhaltung der dem Anbieter gegenüber den Nutzenden obliegenden Pflichten in den Blick zu nehmen.

Absatz 2 entspricht inhaltlich § 10 Absatz 2 sowie § 16 Absatz 4 und 5 EQG M-V und legt fest, dass bei festgestellten Gefahren für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben oder Freiheit, der Nutzenden sofort Anordnungen erlassen werden können. In diesen Fällen bedarf es aus Gründen der effektiven Gefahrenabwehr keiner Mängelberatung oder vergleichbarer Maßnahmen.

Absatz 3 entspricht im Wesentlichen § 10 Absatz 4 und 5 EQG M-V und regelt bei Anordnungen und Untersagungen die Beteiligung der Vertragsparteien, mit denen Vereinbarungen nach § 17 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 bis 8 geschlossen wurden. Diese Regelung korrespondiert mit den Regelungen der Vertragsparteien zur außerordentlichen Kündigung der jeweiligen Vereinbarungen bei groben Pflichtverstößen, wie einer Untersagung aufgrund heimrechtlicher Vorschriften. Vergleiche § 74 Absatz 2 Satz 3 SGB XI, § 130 Satz 2 Nummer 3 SGB IX und § 79a Satz 2 Nummer 3 SGB XII. Dies dient der Harmonisierung von Leistungs- und Ordnungsrecht.

Absatz 4 entspricht inhaltlich § 10 Absatz 3 EQG M-V und regelt den Wegfall der aufschiebenden Wirkung.

Zu § 11 (Aufnahmeverbot weiterer Nutzender)

§ 11 regelt für alle Wohnformen die Untersagung der Aufnahme weiterer Nutzender unter bestimmten Voraussetzungen. Für die Wohnformen, welche nicht unter § 3 Absatz 1 fallen, liegen diese vor allem vor, wenn Anhaltspunkte für eine Gefahr für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Leib, Leben und Freiheit, der Nutzenden vorliegen oder unmittelbar bevorstehen. Die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage wird ausgesetzt.

Zu § 12 (Beschäftigungsverbot, Einsatz einer kommissarischen Leitung)

Mit § 12 werden die Voraussetzungen für ein Beschäftigungsverbot und den Einsatz einer kommissarischen Leitung in Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot definiert.

Absatz 1 entspricht § 11 Absatz 2 EQG M-V, erfährt eine redaktionelle Anpassung und regelt in Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot die Anforderungen an ein Beschäftigungsverbot für die Leitung, eines Mitarbeitenden oder weiterer in der Wohnform tätiger Personen. In den Blick zu nehmen ist die Eignung des Mitarbeitenden. Das Beschäftigungsverbot kann für bestimmte Funktionen oder Tätigkeiten erlassen werden oder sich an die Person richten und damit die Tätigkeit ganz untersagen.

Absatz 2 entspricht § 11 Absatz 3 EQG M-V, erfährt eine redaktionelle Anpassung und regelt den Einsatz einer kommissarischen Leitung in Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot. Eine kommissarische Leitung wird für eine begrenzte Zeit eingesetzt. Ihre Tätigkeit endet, wenn eine geeignete Leitung eingestellt wird.

Absatz 3 entspricht inhaltlich § 11 Absatz 4 EQG M-V und regelt den Wegfall der aufschiebenden Wirkung.

Zu § 13 (Untersagung des Betriebes)

§ 13 regelt die Anforderungen für die Untersagung, die den höchsten Eingriff der zuständigen Behörde darstellt.

Absatz 1 entspricht § 12 Absatz 1 EQG M-V und regelt die Voraussetzungen, in denen die zuständige Behörde den Betrieb von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot zu untersagen hat. Dies ist der Fall, wenn die Betriebsvoraussetzungen nach § 18 (beispielsweise Zuverlässigkeit, bauliche oder personelle Anforderungen) nicht eingehalten und diese insbesondere trotz Mängelberatung und Anordnungen nicht erfüllt werden. Im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit sollte auch die Bereitschaft des Anbieters zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen einbezogen und etwaige Planungen, wie z. B. eine Nutzungsänderung, berücksichtigt werden.

Absatz 2 entspricht § 12 Absatz 2 EQG M-V, erfährt eine redaktionelle Anpassung und regelt die Fälle, in denen der Betrieb einer Wohnform mit umfassendem Leistungsangebot untersagt werden kann. Satz 1 regelt die Voraussetzungen, die unter Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens zu prüfen sind; unterlassene oder unvollständige Anzeige (Nummer 1), Nichtbefolgen von Anordnungen (Nummer 2) und Beschäftigungsverbot (Nummer 3). Satz 2 erweitert den Geltungsbereich von Satz 1 Nummer 1 und 2 auf teilstationäre Angebote oder ambulant betreuten Wohnformen.

Absatz 3 entspricht im Wesentlichen der Regelung des § 12 Absatz 3 EQG M-V und erfährt eine redaktionelle Anpassung.

Absatz 4 regelt den Wegfall der aufschiebenden Wirkung in den Fällen einer Untersagung nach Absatz 1 oder 2.

Zu § 14 (Datenverarbeitung, Datenschutz, Zusammenarbeit)

Mit § 14 wird dem besonderen Erfordernis von Regelungen zum Umgang mit personenbezogenen Daten der zuständigen Behörde Rechnung getragen und in einer Norm zusammengefasst.

Absatz 1 legt fest, dass sich die datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständige Behörde in erster Linie nach den folgenden Absätzen des § 14 richtet. Die Regelungen des Landesdatenschutzgesetzes bleiben unberührt. Die Erhebung, interne Speicherung und Nutzung personenbezogener Daten ist zu den in den genannten Nummern enthaltenen Voraussetzungen durch die zuständige Behörde zulässig. Soweit diese Aufzählung nicht zutrifft, ist eine ausdrückliche schriftliche Einwilligung der betroffenen Person erforderlich.

In Absatz 2 wird klarstellend aufgenommen, dass die zuständige Behörde dem für Soziales zuständigen Ministerium die für die Zusammenarbeit notwendigen Angaben einschließlich der gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen der Überwachung der Anforderungen übermitteln darf. Diese Regelung korrespondiert mit dem Informationsrecht der Fachaufsicht. Zudem nimmt sie inhaltlich Bezug auf die leistungsrechtliche Regelung der Zusammenarbeit in § 117 SGB XI.

Bei Absatz 3 handelt es sich um eine mit leistungsrechtlichen Vorschriften korrespondierende Regelung, nach der die heimrechtlichen Aufsichtsbehörden unter den in den einzelnen Gesetzen definierten Zwecken auch personenbezogene Daten in nicht anonymisierter Form verarbeiten und übermitteln dürfen. Die Betroffenen sind in diesen Fällen über die übermittelten Daten und den Zweck der Verarbeitung zu informieren.

Absatz 4 entspricht § 8 Absatz 3 Satz 2 und 3 EQG M-V. Die Regelung beschreibt die Befugnis der zuständigen Behörde, im konkreten Einzelfall die Expertise anderer Personen in Anspruch zu nehmen, unter Beachtung der Datenschutzregelungen. Daher korrespondierend die Regelung unter § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6.

Zu § 15 (Transparenz)

§ 15 enthält die Transparenzpflichten der Anbieter zugunsten der Nutzenden und weiteren interessierten Personen. Sie dient dem Verbraucherschutz. Die Regelung entspricht im Wesentlichen § 13 Absatz 3 EQG M-V und regelt die Veröffentlichung von Ergebnissen der Schwerpunktprüfungen von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot. Eine Vergleichbarkeit kann nur hinsichtlich gleicher Prüfinhalte gegeben sein. Beispielsweise kann durch die Heimaufsicht auch jährlich ein Prüfungsschwerpunkt festgelegt werden, die einen Vergleich der geprüften Wohnformen ermöglicht.

Zu § 16 (Erprobung)

Mit § 16 wird die Möglichkeit zur Erprobung neuer Wohnformen geschaffen.

Grundlage für die Regelung in Absatz 1 ist § 14 Absatz 1 EQG M-V. Die bisherige Regelung ließ nur wenig Spielraum für die Erprobung neuer Wohnformen und Wohnkonzepte. Die Erprobung wird durch eine inhaltliche Ausweitung praxistauglich gestaltet.

Absatz 2 entspricht inhaltlich § 14 Absatz 2 EQG M-V und regelt die Befristung von neuen Wohnformen zur Erprobung.

Zu Teil 3 (Anforderungen an Anbieter)

Mit Teil 3 werden die Anforderungen an die Anbieter der Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot festgelegt (§§ 17 bis 22). Für die Anbieter von allen Wohnformen gelten die Anzeigepflicht (§ 17) als allgemeine Anforderung sowie die Beteiligungs- und Auskunftsverweigerungsrechte (§ 21). Für teilstationäre Angebote gilt zusätzlich § 22.

Zu § 17 (Anzeige- und Mitteilungspflichten der Anbieter)

Mit § 17 werden die jeweiligen Anzeige- und Mitteilungspflichten der Anbieter von Wohnformen beschrieben. Dies entspricht im Wesentlichen den Regelungen des § 4 EQG M-V.

Absatz 1 entspricht im Wesentlichen der Regelung des § 4 Absatz 1 und 2 EQG M-V. Die vormaligen Regelungen werden zusammengeführt und der Anwendungsbereich insofern erweitert, als dass er für alle Wohnformen im Sinne des Wohnformen- und Teilhabegesetzes gilt. Zusätzlich aufgenommen ist die Verpflichtung zur Anzeige von Verträgen nach § 1321 SGB V. Dies soll u. a. dazu dienen, rechtzeitig und umfassende Kenntnis über die verschiedenen Versorgungsformen zu haben. Anbieter von Wohnformen können so durch die zuständigen Behörden frühzeitig beraten und begleitet und Nutzende geschützt werden. Anbieter von Wohnformen und Aufsichtsbehörde sind gleichermaßen dem Spannungsfeld von hohen fachlichen Ansprüchen und knappen finanziellen und personellen Ressourcen ausgesetzt. Auch in der Zukunft wird sich dies nicht grundlegend ändern. Umso wichtiger ist es, eine gute Versorgung bei knappen Ressourcen zu sichern. Daher soll schon bei der Planung und rechtzeitig vor Inbetriebnahme der Kontakt zur zuständigen Behörde hergestellt werden. Für die Erstberatung oder Zuordnungsprüfung können weitere Unterlagen erforderlich sein und durch die zuständige Behörde angefordert werden, z. B.

- Bauplanungsunterlagen
- Grundrisse
- Eigentum oder Mietobjekt (Infos zum Vermieter).

Absatz 2 legt eine zusätzliche Anforderung für Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot und teilstationäre Angebote durch Vorlage der Konzeption für die Leistungserbringung fest. Dieses ist der zuständigen Behörde vor Inbetriebnahme vorzulegen und hat insbesondere Festlegungen zum Zweck des Gesetzes nach § 1, zur Gewaltprävention und zum Beschwerdeverfahren der Nutzenden zu enthalten. Die frühzeitige Vorlage der Konzeption dient zudem der Abstimmung konzeptionsspezifisch anzuwendender Standards. Die inhaltliche Konzeption einer Pflege- und Betreuungswohnform kann erhebliche Auswirkungen auf den Raumbedarf oder die personelle Ausstattung haben. Daher soll zukünftig noch stärker auf die Konzeption abgestellt und ein Abweichen von Anforderungen ermöglicht werden. Die stärkere Berücksichtigung der Konzeption führt außerdem zur Harmonisierung zwischen Leistungs- und Ordnungsrecht.

Absatz 3 berücksichtigt die Anzeigepflicht von besonderen Vorkommnissen in Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot. Besondere Vorkommnisse können insbesondere sein:

- Weglauf oder Hinlauf mit Polizeigesuch
- wiederholter Weglauf oder Hinlauf (auch ohne Polizeigesuch)
- Gewaltvorfälle unter den Nutzenden und/oder dem Personal
- vollendeter bzw. versuchter Suizid
- plötzliches Versterben ohne ersichtlichen Grund
- Straftaten innerhalb der Wohnform
- sonstige schwerwiegende Ereignisse.

Die Regelung dient dem Verbraucherschutz und soll die zügige Tätigkeit der zuständigen Behörde im Sinne des Gesetzes ermöglichen.

In Absatz 4 wird die Verpflichtung der Anbieter zur Änderungsmitteilung festgelegt. Die Nummern 1 und 3 entsprechen inhaltlich § 4 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 EQG M-V und gelten für alle Wohnformen. Anbieter von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot und von teilstationären Angeboten haben nach Nummer 2 wesentliche Änderungen der Konzeption der Leistungserbringung mitzuteilen.

Wesentliche Änderungen gehen jedenfalls über redaktionelle Änderungen hinaus und betreffen in der Regel die inhaltliche Ausgestaltung. Mit Kenntnisnahme der Änderungen hat der Anbieter diese innerhalb von vier Wochen der zuständigen Behörde mitzuteilen.

Zu § 18 (Betriebsvoraussetzungen)

§ 18 entspricht im Wesentlichen den Regelungen des § 3 EQG M-V und richtet sich an Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot.

Absatz 1 legt die Anforderungen an Anbieter der Wohnform mit umfassendem Leistungsangebot fest und entspricht inhaltlich Absatz 1 und 2 EQG M-V. Die vormaligen Regelungen werden zusammengeführt und neu gefasst. Satz 1 regelt als wesentliches Kriterium das Zuverlässigkeitserfordernis des Anbieters. Zuverlässigkeit bedeutet jedenfalls, dass keine Tatsachen vorliegen dürfen, die den Anbieter als ungeeignet erscheinen lassen.

Satz 2 Nummer 1 und 2 zielen unverändert auf die Einhaltung des Gesetzes und die einhergehenden Verordnungen zu personellen Anforderungen und baulichen Mindestanforderungen ab. Die Verordnungsermächtigungen finden sich in § 23 Nummer 1 und 2 wieder.

Satz 2 Nummer 3 stellt eine Folgeänderung zu § 1 Absatz 1 Nummer 1 und 2 dar, damit erfolgt eine Konkretisierung in Bezug auf die Notwendigkeit, die Wohnform kultur- und diversitätssensibel auszugestalten.

Als neue Anforderung wird in Satz 2 Nummer 5 die Gesundheitsförderung als wichtiger Aspekt aufgenommen, um Pflege- und Betreuungsverläufe positiv zu beeinflussen.

Absatz 2 entspricht im Wesentlichen der bisherigen Regelung des § 3 Absatz 3 EQG M-V.

Zu § 19 (Mitwirkungs- und Teilhaberechte der Nutzenden)

Mit § 19 wird die Verpflichtung der Anbieter zur Unterstützung der Mitwirkungs- und Teilhabemöglichkeit der Nutzenden aufgenommen, entspricht im Wesentlichen der Regelung des § 7 Absatz 1 EQG M-V und erfährt eine redaktionelle Anpassung. Weiterhin sollen nach Satz 1 die Nutzenden oder deren Interessenvertretungen in vollstationären Pflegeeinrichtungen und in besonderen Wohnformen mitwirken an der Gestaltung der Rahmenbedingungen des Wohnens, der Betreuung, der Förderung, der Verpflegung und der Freizeitgestaltung. Mit Satz 2 wird die Unterstützung der Nutzenden durch den Anbieter bei der Ausübung der Mitwirkungs- und Teilhaberechte aufgenommen. Oftmals sind Menschen mit Behinderungen oder Pflegebedürftige ohne Hilfe und Unterstützung nur begrenzt in der Lage mitzuwirken. Das ist aber ausdrücklich gewünscht und bedarf daher einer entsprechenden Regelung. Gleichzeitig wird auf eine konkrete Benennung von Unterstützungsformaten verzichtet, um mehr Flexibilität bei der Ausgestaltung zu ermöglichen. Näheres zu Art, Umfang und Form der Mitwirkung der Interessenvertretungen wird in einer Verordnung ausgestaltet. Vergleiche dazu auch die Verordnungsermächtigung nach § 23 Nummer 3.

Zu § 20 (Aufzeichnungs-, Aufbewahrungs-, Nachweispflichten und Umgang mit personenbezogenen Daten)

Mit § 20 werden die bisherigen Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten des § 5 EQG M-V ergänzt um Nachweispflichten des Anbieters sowie um Anforderungen zum Umgang mit personenbezogenen Daten.

Absatz 1 gilt nur für Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot und entspricht im Wesentlichen den Regelungen des § 5 Absatz 1 und 2 EQG M-V, die zusammengeführt werden. Dies stellt die Grundlage für die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Nutzenden durch die Anbieter dar. Im Sinne des Verbraucherschutzes wird in Satz 2 Nummer 7 die Evaluierung von freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen aufgenommen.

Absatz 2 entspricht den Regelungen des § 5 Absatz 3 und wird ergänzt um datenschutzrechtliche Anforderungen an Aufzeichnungen. Insbesondere bei Schließung oder Insolvenz der Wohnform.

Absatz 3 knüpft an die Regelung des § 8 Absatz 2 und 5 EQG M-V an. Die erforderlichen Auskünfte, die die zuständige Behörde einfordert, dienen der Sicherung der dem Anbieter gegenüber den Nutzenden obliegenden Pflichten. Im Zentrum steht dabei insbesondere der Schutz der Würde und Interessen der Nutzenden, siehe § 1 Absatz 1 Nummer 1 und 2. Die Erforderlichkeit der Auskünfte gemäß Satz 1 ist dabei im Sinne des Gesetzeszwecks weit auszulegen. Satz 2 und 3 dienen der näheren, inhaltlichen Ausgestaltung des Satzes 1 und entsprechen somit Duldungspflichten gegenüber dem Anbieter. Vergleiche hierzu § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 in Verbindung mit Absatz 2.

Klarstellend wird mit Satz 4 aufgenommen, dass die zuständige Behörde neben der Prüfung vor Ort (in der Wohnform) auch die Prüfung von Unterlagen am Dienstort vornehmen kann. Die Rechte der zuständigen Behörde erleichtern die Durchführung der Prüfung, womit bürokratische Hürden abgebaut werden können. Die Prüfung am Dienstort hat der Anbieter ebenfalls zu dulden. Datenschutzrechtliche Vorgaben bleiben unberührt, insbesondere der Grundsatz der Zweckbindung und Datenminimierung gemäß Artikel 5 Absatz 1 lit. b) und c) DSGVO ist zu beachten. Der Zweck der Überprüfung von z. B. Führungszeugnissen oder Qualifikationen kann jedoch nur erreicht werden, wenn der Name des entsprechenden Mitarbeitenden offengelegt wird. Auch in Fällen, bei denen die Prüfung durch die Pseudonymisierung von Nutzenden- oder Mitarbeiterlisten erheblich erschwert werden würde, ist auf eine solche zu verzichten. Datenschutzrechtliche Bedenken können sich bei der Fotografie von Dokumenten als Fotokopien mit privaten Geräten (z. B. privates Mobiltelefon/Tablet) ergeben, die Nutzung von Dienstgeräten dürften diesen Bedenken jedoch begegnen. Selbstverständlich ist die zuständige Behörde zur datenschutzkonformen Behandlung der personenbezogenen Daten verpflichtet. Die Klarstellung trägt dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Schwerin vom 15. April 2024, Aktenzeichen 6 B 1493/23, Rechnung.

Absatz 4 entspricht inhaltlich unverändert der bisherigen Regelung von § 5 Absatz 4 EQG M-V.

Absatz 5 regelt die Voraussetzungen der Speicherung und internen Nutzung der Daten. Er regelt ferner die Voraussetzungen für die Übermittlung der Daten an Dritte. Die vorgesehenen Bestimmungen ermöglichen die im Zuge des Betriebes der Wohnform erforderliche Datenverarbeitung; sie beschränken die Datenverarbeitung im Interesse der Nutzenden allerdings auch auf die notwendigen Fallgestaltungen und beugen so einer unnötigen Datenverarbeitung vor.

Nach Absatz 6 hat die Wohnform die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Wahrung des Datenschutzes und der Geheimhaltungspflichten zu schaffen.

Absatz 7 stellt klar, dass die für die Wohnform oder den Anbieter jeweils geltenden sonstigen Datenschutzbestimmungen ansonsten unberührt bleiben, und ermöglicht es Religionsgemeinschaften oder diesen gleichgestellten oder ihnen zuzuordnenden Einrichtungen, ohne Rücksicht auf deren Rechtsform, unter Berücksichtigung ihres Selbstverständnisses anstelle der Bestimmungen zur Datenverarbeitung der Absätze 5 und 6 vergleichbare eigene bereichsspezifische Bestimmungen zu erlassen.

Zu § 21 (Beteiligung von Anbietervereinigungen, Auskunftsverweigerungsrechte)

Als eigene Regelung werden hier die Rechte der Anbieter verankert und die Regelungen der § 8 Absatz 8 und 9 sowie § 9 Absatz 2 EQG M-V berücksichtigt.

Absatz 1 entspricht im Wesentlichen den Regelungen des § 8 Absatz 8 und § 9 Absatz 2 EQG M-V und erfährt eine redaktionelle Anpassung.

Absatz 2 entspricht wörtlich dem § 8 Absatz 9 EQG M-V.

Zu § 22 (Leistungen an Anbieter sowie deren Beschäftigte)

§ 22 wird neu gefasst. Er basiert inhaltlich auf den Regelungen des § 6 EQG M-V zum Umgang mit Leistungen an Anbieter und deren Beschäftigte.

Absatz 1 Satz 1 regelt den Grundsatz, dass die Anbieter von Wohnformen mit umfassendem Leistungsangebot und von teilstationären Angeboten nicht auf Geld oder geldwerte Leistungen spekulieren oder diese annehmen dürfen. Hierdurch soll insbesondere Korruption vorgebeugt werden. Mit Satz 2 werden die Ausnahmen festgelegt, wann eine Annahme zulässig ist. Hierbei verweist Satz 2 Nummer 2 auf vereinzelt geringwertige Aufmerksamkeiten. Das sind z. B. kleine, unbedeutende Zuwendungen (wie etwa Pralinen oder Glückwunschkarten), die im Rahmen von betrieblichen oder privaten Beziehungen gegeben werden, um Höflichkeit zu zeigen oder eine besondere Situation zu würdigen. Diese dürfen nur in wenigen Fällen, nicht regelmäßig oder nur ausnahmsweise erfolgen. Absatz 2 richtet sich mit den identischen Grundsätzen an die Leitung und die in der Wohnform Beschäftigten.

Absatz 3 regelt die Möglichkeit der zuständigen Behörde, einzelfallbezogen Ausnahmen zuzulassen, wenn der Anbieter dies beantragt.

Zu Teil 4 (Verordnungsermächtigungen, Ordnungswidrigkeiten)

Teil 4 beinhaltet die Regelungen zu Rechtsverordnungen und Ordnungswidrigkeiten (§§ 23 und 24).

Zu § 23 (Rechtsverordnungen)

Mit § 23 wird die Ermächtigung zum Erlass von (Minister-)Verordnungen festgelegt. Die Regelung entspricht im Wesentlichen § 17 EQG M-V und erfährt eine redaktionelle Anpassung. Die Verordnungsermächtigung in Nummer 3 zur Regelung der Mitwirkung wird angepasst. An dem aufwendigen Wahlverfahren, wie es die bisherige Einrichtungenmitwirkungsverordnung vorgesehen hat, wird nicht festgehalten. Stattdessen soll mit der Verordnung Art, Umfang und Form der Mitwirkung ausgestaltet werden.

Zu § 24 (Ordnungswidrigkeiten)

Mit § 24 werden die Anforderungen an das Ordnungswidrigkeitenverfahren beschrieben.

Absatz 1 entspricht § 18 Absatz 1 EQG M-V und erfährt eine redaktionelle Neuordnung. Die bisherige Regelung in § 18 Absatz 1 Nummer 6 EQG M-V letzter Teilsatz war offensichtlich unrichtig und wird korrigiert. Darüber hinaus bleiben die für Ordnungswidrigkeiten relevanten Tatbestände unverändert.

Die Absätze 2 und 3 entsprechen inhaltlich § 18 Absatz 2 und 3 EQG M-V.

Zu Teil 5 (Schlussbestimmungen)

Teil 5 enthält § 25.

Zu § 25 (Übergangsfristen)

§ 25 wird neu eingeführt und stellt sicher, dass den Anbietern von Wohnformen angemessene Fristen für die Umsetzung der Anforderungen nach diesem Gesetz eingeräumt werden.

Mit Absatz 1 werden die Anbieter von bereits in Betrieb genommenen Wohnformen aufgefordert, eine Anzeige nach § 17 nachzuholen, soweit sie nun unter den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen. Die Erstberatung und Zuordnungsprüfung aufgrund der Anzeige sind unerlässlich, um sicherzustellen, dass bisher nicht vom EQG M-V umfasste Wohnformen nach der neuen Gesetzeslage des WoTG M-V behandelt werden. Vergleiche hierzu auch für die Begründung für Zuordnungsprüfung nach § 8 Absatz 1 Satz 2. Aus der Zuordnung ergeben sich die entsprechenden gesetzlichen Anforderungen an die jeweilige Wohnform. Die Erstberatung für Anbieter von teilstationären Angeboten und ambulant betreuten Wohnformen in Anbieterverantwortung ersetzt die Folgeberatung nach § 7 Absatz 2 Satz 2.

Mit Absatz 2 wird sichergestellt, dass den Anbietern für die Umsetzung entsprechende Angleichungsfristen eingeräumt werden. Diese stehen im pflichtgemäßen Ermessen der zuständigen Behörde.

Zu Artikel 2 (Änderung des § 10 des Landespflegegesetzes)

Die bisherigen Regelungen zur gesonderten Berechnung von Investitionskosten gingen von umzulegenden Höchstbeträgen aus, die in regelmäßigen Abständen von vier Jahren im Verordnungsweg anhand des Baukostenindex ermittelt wurden. Inzwischen unterliegt dieser einer solchen Dynamik, dass ein solches Verfahren investitionshemmend wirkt. Der Gesetzesentwurf sieht daher eine Streichung der Regelungen des § 10 Absatz 3 LPflegeG M-V (Kappungsgrenze) vor.

Zu Artikel 3 (Aufhebung der Verordnung zur Anpassung der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen nach § 10 Absatz 3 des Landespflegegesetzes)

Mit der Aufhebung des § 10 Absatz 3 LPflegeG M-V fällt auch die Verordnungsermächtigung der Verordnung zur Anpassung der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen nach § 10 Absatz 3 des Landespflegegesetzes weg. Infolge dessen ist die Verordnung aufzuheben.

Zu Artikel 4 (Bekanntmachungserlaubnis)

Klargestellt wird, dass das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport den Wortlaut des Landespflegegesetzes, der mit Artikel 2 geändert wird, in der ab dem 1. Januar 2026 geltenden Fassung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern bekannt machen kann.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Absatz 1 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2026.

Absatz 2 sieht vor, dass gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Gesetzes das bisher geltende Einrichtungenqualitätsgesetz außer Kraft tritt.